

Bezugspreis:

Vom 30. Sept. 1923 bis 5. Januar 1924 1 Million oder 1 Goldmark vor- aus zahlbar. Unter Kreuzband vom 30. Sept. 1923 bis 5. Januar 1924 für Deutschland, Dänzig, Danzig u. Memel- gebiet, Oesterreich, Litauen, Litauen- baltische, Ostpreußen, Ostpreußen, Ostpreußen 1,25 Goldmark, für das übrige Ausland 1,50 Goldmark. Kreuzband- faltungen nur gegen wechselfähige Zahlung, Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags- beilage „Volk und Zeit“ u. „Erholung und Reisingarten“, sowie der Unter- haltungsbeilage „Heimwelt“ erscheint wochentäglich normal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige 5-spaltige Spaltenbreite 0,75 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,25 Goldmark (außerdem zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 1/2 des gewöhnlichen. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden- straße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 4. Januar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vorkontokonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Droschkens-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Der Kampf in der Metallindustrie.

Gestern nachmittag fanden vor dem vom Reichsarbeitsministerium gestellten Schlichter Wissell auf dessen Veranlassung Verhandlungen zur Beilegung des Kampfes in der Metallindustrie statt. Diese Verhandlungen waren verfruchtlos. Wie wir erfahren, haben die Unternehmer die Unbefangenheit des Schlichters angezweifelt und den Reichsarbeitsminister zur Entscheidung angezogen. Sie haben andererseits versucht, die Verhandlungen vor dem Schlichter noch dadurch zu durchkreuzen, daß sie den Vertretern der Arbeiter direkte Verhandlungen anboten.

Nachdem die direkten Verhandlungen wiederholt ergebnislos verlaufen waren und nachdem für die Vertreter der Arbeiter kein Grund vorlag, an dem guten Willen und der Fähigkeit des amtlichen Schlichters zu zweifeln, wurde ein Eingehen auf dieses sonderbare Anerbieten, das darauf hinausläuft, sofortige Verhandlungen unter dem Vorwande späterer Verhandlungen zu verweigern, abgelehnt. Es ist natürlich ausgeschlossen, daß der Reichsarbeitsminister den von ihm jedoch erst ernannten Schlichter sozusagen seines Amtes nur deshalb enthebt, weil die Unternehmer die Verhandlungen verzögern wollen. Diese wissen sehr genau, daß ihre Sache vor keinem unparteilichen Schlichter bestehen kann. Sie denken deshalb: Zeit gewonnen, alles gewonnen, in der Hoffnung, daß die Arbeiterschaft durch die bittere Not gezwungen sein würde, zu Kreuze zu gehen und daß damit alle Verhandlungen gegenstandslos würden. Das ist die Taktik der Unternehmer. Im übrigen hat der Schlichter seinen Pflichten entsprechend, unbeschadet des Einpruchs der Unternehmer, Verhandlungen auf heute festgesetzt.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes teilt mit:

Zurzeit sind über 150 000 Arbeiterinnen und Arbeiter durch die brutalen Gewaltmaßnahmen der Metallindustriellen auf die Straße gesetzt.

Arbeiter! Erkennt aus dem Verhalten dieser Arbeitgeber, daß sie euch durch Hunger ihrem Diktat gefügig machen wollen. Der Kampf ist schwer, aber es ist die Pflicht aller Arbeiter, im Kampf geschlossen zu stehen, um das Diktat der Unternehmer abzuwehren.

Wir machen darauf aufmerksam, daß an verschiedenen Stellen Sammlungen für die ausgesperrten Metallarbeiter vorgenommen werden. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß nur auf Sammellisten gerechnet werden kann, wenn sie den Stempel des Deutschen Metallarbeiterverbandes und die Unterschrift des Vorsitzenden des Metallzweigs: Ulrich, tragen. Bis heute sind derartige Sammellisten vom Verband nicht herausgegeben worden.

Über 150 000 Metallarbeiter der Betriebe des Verbandes Berliner Metallindustrieller, sind durch das brutale Vorgehen der Unternehmer seit gestern auf die Straße gesetzt. Zurzeit sind in den Betrieben des B.M.A. insgesamt annähernd 180 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Etwa 2000 arbeiten zu den alten Bedingungen weiter, ungefähr 25 000, und zwar die Arbeiter in der Siemensstadt und die bei Bergmann in der Seestraße haben sich dem Machtgebot der Unternehmer unterworfen. Auf wie lange, muß allerdings dahingestellt bleiben. Ergänzend müssen wir bemerken, daß es sich bei dem Betrieb Bergmann Seestraße um eine radikale Hochburg handelt. Auch in der Siemensstadt waren es die Arbeiter der Elmo-Werke, die gleichfalls in dem Ruf des Ueber- radikalismus standen, und sich zuerst dem Diktat der Unternehmer unterworfen haben. Wenn man weiß, daß die Arbeiter bei der letzten Lohnzahlung vielfach nur 1 oder 2 M. ausgezahlt erhielten und sich sozusagen dem Nichts gegenüber befinden, dann kann man begreifen, daß die kurzfristigen und demerkschaftlich nicht gefestigten Arbeiter nicht den Heroismus aufbrachten, um trotz dieser Not sich dem Diktat der Unternehmer nicht zu beugen.

Außer diesen 180 000 Arbeitern, die direkt am Konflikt beteiligt sind, stehen noch etwa 50 000 Metallarbeiter in Berlin in Arbeit. Es sind dies Betriebe, die dem B.M.A. nicht angeschlossen sind, und wo bisher im allgemeinen etwas höhere Löhne als in den B.M.A.-Betrieben gezahlt wurden. Diese 50 000 Arbeiter arbeiten zu den alten Lohn- und Arbeitsbedingungen weiter. Es sind dies vornehmlich Betriebe der Schreibmaschinen-, Karosserie-, Gedächtnis- industrie, der Industrie optischer Instrumente, der Chirurgie- mechanik, der Autoreparaturwerkstätten usw. Trotz der, wie schon gesagt, höheren Löhne, sind in diesen Betrieben die Verträge nicht gekündigt worden.

Die Unternehmer, denen es gewiß nicht an Zeitungen mangelt, die zu ihrer Verfügung stehen, haben bisher noch nicht den Versuch gemacht, öffentlich den Nachweis zu führen, daß ihr Vorgehen von zwingenden wirtschaftlichen Notwendig-

keiten diktiert ist und daß die von ihnen einseitig vorgeschriebenen Löhne den Arbeitern und Arbeiterinnen ermöglichen, überhaupt ihre Existenz zu fristen. Wir haben in unserer gestrigen Morgennummer die seither gezahlten Löhne in Vergleich gestellt einerseits mit den Vorkriegslöhnen und der seit 1914 eingetretenen Teuerung, andererseits mit den Löhnen der Konkurrenzindustrie in England und den Vereinigten Staaten. Wir fügen dem noch eine Zahl hinzu. Nach dem Lohnkitt des Verbandes Berliner Metall- industrieller würde eine Arbeiterin, die über 21 Jahre alt ist, nach Abzug der Steuern bei vollbeschäftigter 48 stündiger Arbeitszeit einen Lohn von 9,40 M. bekommen!

Kann man sich ein unsittlicheres Ansinnen denken, als die Zumutung, daß eine erwachsene Arbeiterin eine ganze Woche für 9,40 M. arbeite? Die Öffentlichkeit hat das Recht, zu erfahren, wie sich die Berliner Metallindustriellen die Existenz- möglichkeit einer erwachsenen Arbeiterin mit 9,40 M. die Woche vorstellen. Wenn man heute in Berlin erwachsenen und verheirateten Arbeitern zumutet, mit 18 bis 20 M. sich und ihre Familie zu ernähren, wenn man einer erwachsenen Arbeiterin zumutet, mit 9,40 M. leben zu können, dann hat man die Pflicht, auch offen darzulegen, wie eine solche Existenz geführt werden kann, ohne mit den Strafgesetzen in Konflikt zu kommen.

Der „Vorwärts“ hat es in den Kämpfen der letzten Jahre im Hinblick auf die außerordentliche Lage, in der sich Deutschland und folglich die deutsche Industrie befindet, stets vermieden, den oft sehr bitteren Gefühlen der Arbeiterschaft in allzu scharfer Weise Ausdruck zu geben. Diese Haltung ist ihm von den eigenen Parteianhängern vielfach verurteilt worden. Seine von der Sorge um die Republik eingegebene Reserve ist nicht immer verstanden und oft mißbilligt worden. Wir müssen aber heute angesichts des unsittlichen, moralisch von jedem anständigen Menschen zu verwerfenden Vorgehens der Berliner Metallindustriellen erklären, daß wir nicht nur rückhaltlos auf der Seite der Berliner Metallarbeiter stehen und ihren Kampf, der der Kampf aller gerecht denkenden Menschen sein müßte, mit allen unseren Kräften und mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln ohne jeden Vorbehalt unterstützen, sondern daß wir entschlossen sind, die Öffentlichkeit aufzurütteln, damit sie Stellung nimmt gegen das unmoralische Machtgebot der Berliner Metallindustriellen.

Die Löhne der Berliner Metallarbeiter, die Löhne der Mehrheit der Berliner Arbeiter überhaupt, liegen weit unter dem durch die amtlichen Indizes ermittelten Existenz- minimum. Sie liegen weit unter den Vorkriegslöhnen. Es wird niemand behaupten wollen, daß die deutsche Industrie, insbesondere die Berliner Metallindustrie, vor dem Kriege auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig gewesen sei. Den Siegeszug, den die deutsche Industrie vor dem Kriege auf dem Weltmarkt genommen hat, dankt sie zum guten Teil der Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter. Mit dieser Leistungsfähigkeit ist während des Krieges Schindluder getrieben worden. Dieser Politik der Auspowerung der Arbeitskraft ist nach dem Kriege mit Hilfe der Marktentwertung fortgesetzt worden. Ohne die Gewerkschaften, die es verhindern haben, die verheerenden Folgen der Wirtschaftspolitik der Unternehmer einzudämmen, würde die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter so gesunken sein, daß die deutsche Industrie vom Weltmarkt einfach weg- gestrichen wäre.

Was den Unternehmern in den zwei Jahren der Geld- entwertung nicht gelungen ist, wollen sie jetzt nachholen. Sie wollen die Lebenshaltung der Arbeiter auf ein menschenunmögliches Minimum reduzieren, ohne dabei zu beachten, daß sie damit auch die Existenz- möglichkeit der deutschen Industrie selbst untergraben.

Wir wiederholen, daß die bis zum 1. Januar gezahlten Löhne in der Berliner Metallindustrie gut 30 Proz. unter den Vorkriegslöhnen lagen, während gleichzeitig die Kosten der Lebenshaltung gestiegen waren, und zwar nach der letzten amtlichen Reichsindexziffer um 12 Prozent. Diese amtliche Reichsindexziffer bleibt hinter der wirklichen Teuerung nicht unerheblich zurück. Das mindeste, was man also sagen kann, ist, daß die Berliner Metallarbeiter vor dem Lohnkitt des Verbandes Berliner Metallindustrieller 40 bis 50 Proz. niedrigere als die Vorkriegslöhne bekamen. Wenn also die Metallindustriellen vorgeben, daß sie mit Rücksicht auf die ungünstigeren Absatzbedingungen im Auslande die Löhne der Vorkriegszeit nicht zu zahlen imstande seien, dann wird man wohl sagen müssen, daß die bis zum 1. Januar gezahlten Löhne bereits so niedrig waren, daß sie das Maß dessen, was feinerzeit die Berliner Metallindustriellen selbst für nötig erklärten, noch unterschritten.

Wir erinnern daran, daß es der Direktor der Siemens-

Große Koalition in Sachsen.

Dresden, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die sozial- demokratische Landtagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstag nach- mittag in fünfständiger Sitzung mit dem vorläufigen Ergebnis der Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung und mit der Frage der Landtagsauflösung, nachdem der Rechtsausschuß des Land- tags den kommunalistischen Auflösungsantrag am Vormittag gegen 5 Stimmen angenommen hatte. Nach eingehender Debatte beschloß die Fraktion, ohne die Stellungnahme des Parteitag abzuwarten, der für den 6. Januar nach Dresden einberufen ist, der Bildung der großen Koalition ihre Zustimmung zu geben. Der Ministerpräsident soll von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt werden.

Der Beschluß der sächsischen Landtagsfraktion, mit Volks- partei und Demokraten zusammen eine Regierung der großen Koalition zu bilden, kommt nach allem Voran- gegangen überraschend: dies um so mehr, als er drei Tage vor dem Landesparteitag zustande kam. Indes steht die Wahl des Ministerpräsidenten schon heute auf der Tagesordnung des sächsischen Landtags, und so wurde ein solcher Entschluß not- wendig. Der sächsische Landtag ist im November 1922 ge- wählt, es sind kaum 15 Monate vergangen, seit die Kandidatenaufstellung erfolgte, man kann also gegen die Fraktion kaum mit dem Argument kommen, ihre Mitgliedschaft spiegele in ihrer Zusammensetzung nicht mehr die Meinung weiterer Parteifreie. Auch kann die sächsische Fraktion am wenigsten als „opportunistisch verwehrt“ hingestellt werden. War sie es doch, die das Experiment mit den Kommunisten unternahm und selbst nach dessen völligem Scheitern noch einmal seine Wiederaufnahme versuchte.

Wenn jetzt trotzdem in dieser Fraktion die Meinung ob- siegte, daß die Bildung einer Regierung der großen Koalition unvermeidlich geworden sei, so müssen sehr schwerwiegende Gründe für diese Meinung gesprochen haben. Tatsächlich liegen ja die Dinge in Sachsen so, daß die Kommunisten die

Existenz einer Arbeiterregierung unmöglich machen und die Sozialdemokratie daher vor die Wahl gestellt ist, entweder den Bürgerlichen die Regierung ganz zu überlassen oder an ihr teil- zunehmen. Von diesen beiden Lösungsmöglichkeiten wird die erste in Sachsen zunächst durch den Umstand erschwert, daß die Bürgerlichen im Landtag keine Mehrheit haben. Man müßte also ihnen noch bei Neuwahlen den Sieg zuschieben, damit eine Regierung ohne Sozialdemokraten möglich würde! Das ist ein Verfahren, das von keiner Seite empfohlen wird.

Kam es zu Neuwahlen und behauptete die Sozialdemo- kratische Partei ihre Stellung, dann war die Lage genau wie vor den Wahlen. Der objektive Zwang zur Koalitionspolitik bestand dann weiter.

Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß sich die Partei in einer bequemerem Lage befand, solange das parlamentarische System für Deutschland noch nicht erfinden war. Dieses System mit seiner fatalen Notwendigkeit, Mehrheiten zu schaffen und Regierungen zu bilden, wird uns noch manche Ruhe zu knaden geben. Aus diesen Schwierigkeiten werden wir nicht eher herauskommen, als bis Deutschland eine einzige und einige sozialistische Arbeiterpartei besitzen wird, deren Wahlsiege nicht durch kommunalistische Abspaltungen ent- wertet werden, das heißt, nicht früher als bis die kommunalistische Partei wieder ein winziges einflussloses Grüppchen geworden ist wie in England, Belgien, Schweden, Oesterreich.

Die Ueberwindung des kommunalistischen Arbeiterverrats ist aber nicht dadurch zu erreichen, daß sich die berufene politische Vertretung der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie, in Streitig- keiten über taktische Fragen aufreibt. Die sächsische Landtags- fraktion hat auf eigene Verantwortung in kritischer Situation gehandelt. Es ist zu wünschen, daß es über diese vollzogene Tatsache zwischen den verschiedenen Instanzen der sächsischen Landespartei zu einer parteigenössischen Verständigung kommt und daß die Einigkeit und Geschlossenheit aufrechterhalten wird, die wir für den Kampf im Reich dringend brauchen.

Schudert-Werke, Herr Dr. Koettgen war, der vor einigen Monaten im „Berliner Tageblatt“ erklärte, 65 bis 70 Proz. der Vorkriegslöhne hätte die Berliner Metallindustrie zahlen. Obwohl die seither gezahlten Löhne unter dem von Herrn Dr. Koettgen als durchaus möglich angegebenen Satz lagen, will der Verband Berliner Metallindustrieller ohne weiteres die Löhne der Arbeiter um 20, die der Arbeiterinnen um 30 Prozent kürzen. Dieses bewußt unehrliche und unfittliche Nachtgebot der Unternehmer wird ein gegeben einseitig von einer nicht minder unfittlichen Profitgier, andererseits von einem hemmungslosen Nachtgebot, von dem die Unternehmer gegenwärtig befreit sind.

Dem das Vorhaben der Berliner Metallindustriellen ist ja keine Einzelerhöhung. In unserem gestrigen Abendblatt haben wir bereits eingehend von dem Beschluß der Berliner Druckerbetriebe mit seinen voraussetzlichen Folgen Mitteilung gegeben. Die Berliner Druckerbetriebe, die sich ihrer Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit besonders bewußt sein müßten, haben die Rosentändigung ihres gesamten Personalbeschlusses. Nachdem sie bei mehr als 100 Proz. höheren Druckerpreisen den Arbeitern Löhne aufgezogen haben, die mehr als 20 Proz. unter den Normallöhnen und mehr als 30 Proz. unter den Reallohnen der Vorkriegszeit liegen, wollen sie jetzt die Arbeitszeit verlängern, und zwar noch über die vor dem Kriege tariflich festgelegte Arbeitszeit hinaus. Wehliche Vertragskündigungen und Absichten liegen aus einer ganzen Reihe von Industrien vor. Die Unternehmer wollen ganz offenbar die ihnen jetzt noch günstige Situation dazu benutzen, um die Arbeiter auf ein unmögliches Existenzniveau hinabzudrücken und zugleich die Arbeitszeit derart zu verlängern, daß nicht nur der Achtstundentag, der ja doch immer noch, wenigstens grundsätzlich, Gesetz ist, zur Notwendigkeit wird, sondern daß auch die vor dem Kriege übliche Arbeitszeit noch überritten wird.

Daß bei solchen Arbeitsbedingungen nicht nur die Arbeitsfreude zum Teufel gehen, sondern auch die Leistungsfähigkeit in qualitativer und quantitativer Hinsicht zusammenbrechen muß, darüber wird jeder Christliche sich klar sein. Wenn die Unternehmer also vorgeben, daß sie im Interesse der Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft handeln, dann liegen sie — bewußt oder unbewußt — eine flagranten Unwahrheit. In Wirklichkeit sind die Unternehmer geleitet von uneingestanden und uneingestehbaren politischen Machtgedanken. Sie glauben, daß die Arbeiter heute die „Niedergeratenen“ sind und wollen die am Boden Liegenden unarmherzig mißhandeln.

Eine solche Siegerpolitik im Innern müßte sich früher oder später furchtbar rächen. Es liegt daher im Interesse des Volkes, dem machtstärkenden Unternehmertum zu zeigen, daß seine Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Ein neuer Stinnes-Vorstoß. Gegen den Achtstundentag.

Man weiß, daß die Verordnung über die Arbeitszeit die Möglichkeit zuläßt, sowohl durch Tarifvertrag als auch durch behördliche Anordnungen den Achtstundentag zu verlängern. Namentlich letztere Bestimmung, die schon erfolgen kann, wenn „wichtige allgemeine volkswirtschaftliche Gründe“ vorliegen, stellt eine sehr bedenkliche Abschwächung des Prinzips des Achtstundentages dar. Der Schwerindustrie genügt aber auch dieser Erfolg ihres Vorstoßes nicht. Das Stinnes-Organ veröffentlicht unter dem hübschen gemeinen Titel „Der unsterbliche Achtstundentag“ einen Artikel, der nichts weniger fordert als die Rückkehr zu dem berühmten „freien Arbeitsvertrag“. Der Staat dürfe sich in die Festsetzung der Arbeitszeit überhaupt nicht einmischen. Der Gewerbeaufsichtsbeamte, der es wagen würde, einer Verlängerung der Arbeitszeit zu widersprechen, wird von vornherein als „wirtschaftsfeindlich“ erklärt. In aufgeblähtem Machtbewußtsein verkündet das Blatt:

„Es nützt eben nichts, dort Weisungen geben zu wollen, wo die

Dinge doch ihren Weg nehmen. Es nützt gar nichts, eine Autorität vorzäuschen zu wollen, die nicht mehr existiert, aber es wäre klug, unhaltbare Positionen zu räumen und sich auf Stellungen zurückzuziehen, in denen man sich behaupten kann.“

Voraus man ersehen kann, wie die Verfechter der unbeschränkten Unternehmerautorität mit der Staatsautorität umspringen belieben, natürlich nur, wenn sich diese Autorität nicht gegen die Arbeiterschaft wendet.

Diese Staatsfeindschaft findet ihre Ergänzung in der Feindschaft gegen die Gewerkschaften. Dieselben Leute, die für die „Arbeitsgemeinschaft“ schwärmen, solange sie sich davon Nutzen versprechen, wenden sich heute gegen die Tarifverträge und fordern die „individuelle Regelung innerhalb der Betriebe“, d. h. also die völlige Ausschaltung der Gewerkschaften. Unverkümmert proklamieren sie wiederum den Standpunkt des Herrn im eigenen Hause, den Standpunkt ihrer unbeschränkten Diktatur über ein wehrlos gemachtes Helotentum. Sie proklamieren den wildsten Klassenkampf gegen die Arbeiterschaft, während sie ihre politische Hege unter dem Schlagwort „gegen den klassenkämpferischen Marxismus“ führen.

Kein Zweifel, daß die Arbeiterschaft allen Grund hat, diesen Vorstoß der Schwerindustriellen Gruppe, der heute das übrige Unternehmertum gefolgt, ernst zu nehmen. Alles wird davon abhängen, daß sie wirtschaftlich durch Stärkung der Gewerkschaften und politisch bei den bevorstehenden Wahlen dem Unternehmertum die Grenzen seiner Macht weist.

Finanzpolitik und Börse.

Die Mitteilung in unserem gestrigen Abendblatt, daß die Reichsbank einen sehr wesentlichen Teil ihres Goldbestandes in das Ausland geschafft habe, wird von berufener Seite bemerkt. Immerhin zeigt das Aufkommen derartiger Gerüchte, wie gespannt die Situation ist. Die Börsenspekulation will sich die schwere Krise, durch die die Reichsfinanzen in diesem Monat gehen, offenbar wieder zunutze ziehen. Dem muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Insbesondere muß der Gefahr, daß durch allzu große Ausgaben von kleinen Stücken wertbeständiger Anleihen eine neue Inflation geschaffen wird, unter allen Umständen gesteuert werden.

Geradezu lächerlich ist der Versuch, das Arbeitszeitgesetz oder gar den Lohnkampf in der Metallindustrie für die gegenwärtige Spannung am Devisenmarkt verantwortlich zu machen. Die Unternehmer der Metallindustrie haben es ja in der Hand, den Lohnkampf zu beenden, indem sie von ihren unklugen Forderungen absehen. Aber soweit geht ihre Liebe zur Mark offenkundig nicht. Die Arbeiterschaft jedenfalls hat alle Veranlassung, Versuche, sie zum Verkauf von Spekulationsmandaten des Reiches zu machen, Einspruch zu erheben. Schuld an der Geldknappheit, die an der Börse herrscht und die Spekulation ermüdet, und der eine ebensolche Geldknappheit in den Staatskassen entspricht, ist vielmehr die Steuerischen des Reiches, dem die Regierung in ihren bisherigen Verordnungen und durch die Verzögerung der dritten Steuernverordnung nur allzu weit entgegengekommen ist.

Das neueste Zeitungsverbot. Interessante Begleitumstände.

Das vom „Vorwärts“ schon besprochene Verbot der „Welt am Montag“ erscheint bei näherer Erkundung und Betrachtung noch viel bezeichnender für die gegenwärtigen Ausnahmezustände des deutschen öffentlichen und Staatsbürgerrechts. Das Verbot ist bekanntlich mit einem Artikel des Volkswirtschaftlers Vogel über die von ihm angenommene „neue Inflation“ begründet; über diesen Artikel hatte der Verfasser vor dem Erscheinen mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gesprochen und dieser hatte ihm trotz mancher Meinungsverschiedenheit schließlich besten Dank für die wert-

vollen Anregungen ausgesprochen. Das Verbot erfolgte ohne Fühlungnahme mit der Presseabteilung der Reichsregierung, so daß diese sich — bei der Unbegründetheit des Verbots — zu einer nachträglichen Eingabe an den Reichszentraler voranlatzt sah. Zugestellt wurde das Verbot am siebenten Tag nach dem Erscheinen jenes Artikels, unmittelbar vor Erscheinen der fälligen Nummer und zur Entschuldigung wird nur angeführt, daß man am sechsten und am Vormittag des siebenten Tages in Verlag und Redaktion niemanden angetroffen habe. Also erst am sechsten Tage nach dem Erscheinen hatte man den Vogel an seinen staatsgefährlichen Federn erkannt! Vorstellungen im Reichswehrministerium konnten die Aufhebung des Verbots noch vor Fälligkeit der nächsten Nummer nicht erreichen, weil General v. Seeckt, wie mitgeteilt wurde, sich in Baden-Baden aufhält und — nicht so rasch erreicht werden konnte!

Vollvertretung und Reichsjustizminister.

Der Fünfzehnerausschuss des Reichstags trat am Donnerstag nach kürzerer Beratung wieder zusammen. Er empfahl zunächst der Regierung, den Verordnungsentwurf über Zuschläge zur Umsatzsteuer in den besetzten Gebieten aus politischen Gründen nicht in Kraft zu setzen. Es folgte die Beratung eines Verordnungsentwurfes zur Abänderung des Gesetzes über die durch innere Unruhen verursachten Schäden. Danach soll ein Anspruch auf Entschädigung nur gegeben sein, wenn das wirtschaftliche Leben des Betroffenen gefährdet ist. Die Entschädigung darf 75 v. H. des festgestellten Schadens nicht überschreiten, jedoch soll ein besonderer Härtefonds gebildet werden. Ein Antrag, auch diese Verordnung nicht in Kraft treten zu lassen, wurde abgelehnt. Anschließend wurde dann der § 25 der Verordnung über Krankenhilfe bei den Krankenkassen vom 30. Oktober 1923 besprochen. Der genannte Paragraph regelt die Abgabe von Arzneimitteln an Krankenlosensmitglieder. Die Regierung erklärte sich einverstanden, die im § 25 bestehende Minderungsfrist in eine Kannvorschrift umzuwandeln. Im übrigen wurde die Beratung mit Rücksicht auf die schwebenden Fragen vorläufig zurückgestellt. Bei der dann folgenden Beratung der Verordnung über Betriebsstilllegungen und Arbeitsfreudung vom 13. Oktober 1923 wurden alle Abänderungsanträge abgelehnt.

Aus der Mitte des Ausschusses wurde dann die Frage aufgeworfen, wie sich der Inhalt der vom Reichsjustizminister auf Grund des § 48 erlassenen Verordnungen über die Aburteilung der Landesverrats- und Spionagefälle durch die Oberlandesgerichte und die beschleunigte Aburteilung von Straftaten zu den in der Aussprache des Fünfzehnerausschusses dargelegten Ansichten der Ausschussmitglieder über die damals beratenen Verordnungen über die Befreiung der Rechtsplege verhalte und ob durch den Erlass der beiden Verordnungen vom 13. und 17. Dezember 1923 auf Grund des Art. 48 nicht eine Beeinträchtigung der Tätigkeit des Fünfzehnerausschusses zu verzeichnen sei. Der Vorsitzende betont, daß der Ausschuss nicht befugt sei, sich materiell zu äußern, daß aber die Frage der Beeinträchtigung einer wirksamen Tätigkeit des Ausschusses durch Erlass solcher Verordnungen wohl diskutiert werden könne. Dieser Auffassung schloß sich auch der Ausschuss an, nahm aber in Beschlusform zu der daraus sich ergebenden ausführlichen Aussprache keine Stellung.

Alsdann beschäftigte sich der Ausschuss mit einer Anordnung des Reichsarbeitsministeriums über Art, Höhe und Dauer der Unter- und Lehrlingsvergütung, die die Verpflichtung zur Übernahme von Arbeit, Betrag der Berufsschule usw. gemäß der Verordnung vom 15. Oktober 1923 einzubeziehen sind, und wozu der Familienzuschlag für Jugendliche bis zu 16 Jahren nicht in der an die Jugendlichen selbst, sondern an den Haushaltungsvorstand zu zahlen oder in Form von Befähigung dem Jugendlichen selbst zu gewähren ist.

Zum Schluß wurde ein Antrag angenommen, erneut an die Regierung die Anfrage zu richten, wie sie sich zu den Beschlüssen des Fünfzehnerausschusses bezüglich der Personalabbaueverordnung vom 27. Oktober 1923 zu verhalten gedente, insbesondere, ob sie dem zu Artikel 22a beantragten Leberwahrungsausschuss zustimmen bereit sei.

Musik-Bilanz 1923.

Von Kurt Singer.

Es scheint mir so schlecht wie die wirtschaftliche zu sein. 1924 wird es nicht schwer haben, den Vorgänger auszulachen. Was war? Krise über Krise. Die äußeren, an der Staatsoper und in Charlottenburg, hemmen gewiss eine natürliche Entwicklung. Aber absolute Stagnation braucht nicht zu sein. Bis auf Gianni Sighi nur Repertoriaraufschau oder halbe Arie. Man liebt auf Cassiell. Das von Bohnen und von der Gutfeld-Adorber waren Vorklänge, wie etwa der Strauß-Zyklus. Früher traf man als Gäste nur Weltgroßen, 1923 gloubte man, Blut durch Wasser aus hundert Kanälen fließen zu können. Das trog. Ein Ensemble Hog nach dem andern in die Lust. Die Auslandslust infizierte Kapellmeister und Personal. Jetzt gestirbt alles mögliche, mittleres Gut und Provinz, rot und fest gedruckt. An die erste Kapellmeisterstelle hinter den Linden zog ein junger Feuerkopf, der für übliche Repertoriaraufschau noch unendliche Proben braucht, aber in seinem Arbeitsbereich vorbildlich ist. Eine Uraufführung von Gehalt kam nicht heraus. Auch der „Goldene Hahn“ war nur ein Respektserfolg. In der „Volksoper“ stellte der Handelsche „Cäsa“ alle Außenstände in den Schatten. Kein Wunder, man verzog ja den „Boris Godunow“, der in allen größeren Reichsstädten volle Häuser macht. Der 25jährige „Ferne Klang“ Schreyfers harri noch der Aufrechterhaltung, es gab nirgends ein Wagnis, keinen Versuch, das Niveau zu erhöhen, keinen schätzbaren Auf nach vorwärts. Welche Oper wäre von Berlin entsetzt, welcher neue Mann gefunden worden. „Jama“ und „Lore Stadt“ werden bis auf weiteres in den Schränken vermodern. Gewiss, es lehte oft an Geld. Aber man hätte von sechs Malen mindestens dreimal auf den dekorativen Munder verzichtet sollen. Dann wäre Geld für wichtige Musikzwecke gespart worden.

Die Eröffnung der Kroll-Oper ist das einzig Gute des Opernjahres 1923. Freilich wieder ein Theater mit einem Ensemble! Endlich eine Stätte der Sammlung. In der das Experiment aus prinzipiellen Gründen keinen Einritt hat, und die beachtlichen kann, was sie vorbrachte; dem Volk zu vollständigem Preis erstattungsfähigen Aufführungen ohne Star-Schnulze zu verschaffen.

Im Konzertsleben war die Stagnation noch größer. Ein paar große Orchestren, ein paar Orchesterkonzerte. Kurzwärmer waren die Hände gebunden; er mußte vom Allen zehren, Walter Kreutzer Spezialitäten. Beide haben herrliches herrlich geboten und das Konzertpublikum mit keinem Zukunftsobst verhöhnen. Die internationale Musikgesellschaft suchte das zu erleben. Doch fand auch sie weder in Deutschland noch im Ausland neue, große Namen, folgenreiche Werke. Kammermusikliches lebt schon eher im modernen Gewand zu uns hin. Die Welos-Gesellschaft rührt sich mit Erfolg. Krenek, Hindemith, Jarnach, v. Webern — das sind schon Namen, des Aufstrebens wert, und auch der spekulative Haba wird sich durchsetzen. Die „Volksbühne“ versuchte mehrfach, den modernen Geist ihren Hörern zu vermitteln, während der Bezirks-Bildungsausschuss das Bewährte in bewährter Form pflegt. Das Niveau der Männerchöre hat sich gelangweilt gehoben, im Material des Vorgetragenen, im Programm aber kommen

ne aus dem Allen nicht heraus. Das man an der schwachen Produktion liegen. Aber man gebe doch Männern von künstlerischer Gestaltunastrakt Aufträge zu bestimmten Arbeiten. Bestellte Kunst könne nichts wert sein? Bitte, ein gewisser Amadeus komponierte auf Bestellung das Requiem, das an Schönheit und Seelenreinheit nicht übertroffen wurde. Auch der gemischte Chorgesang lag darnieder. Immerhin brachte Ochs den romantischen Psalm und sieht vor der Aufführung des Tebeums von Braunfels.

Gewöhnliche Aufführungen von kleineren Werken Strawinskys, Schönbergs, Scriabines, der große Mahler-Zyklus, Bringsheims, die Wiederholungen von Mahlers adler Einsame (Innen) erleben das trüblich flackernde Licht in der roten Musiktheater Berlin kaum. Eine neue Welt, eine neue Kunst, ein neues Substrat — ebensoviele Hemmnisse wie Hoffnungen, ebensoviele Enttäuschungen wie Sünden. Hoffentlich bestimmen sich die Dirigenten der Volks- und populären Konzerte allmählich darauf, daß auch die Arbeiter langsam in der Musik ein Spiegelbild ihrer Zeit sehen wollen und daß viele durch die Erziehung einiger Jahre schon längst über das Mendelssohnische Violinkonzert hinausgewandert sind.

Kurz und gut: die Bilanz ist schlecht. Das Jahr 1924 befreite uns von der Kirchturmsuche, von der ewigen Rückwärtschau, von jener Tradition, die immer noch Schlammerei heißen muß!

Der neue Schläger.

Von Hans Bauer.

Deutschland hat einen neuen Schläger geschenkt bekommen. Von der Ross bis an die Memel ist beim Dicken- und Langhaarpublikum das Bonanensisch fürmlich gefragt. Kein modernes Orchester ist mehr denkbar, das ohne die Komposition auskommen könnte.

Es muß allerdings auch zugestanden werden, daß der Text des Liedes ein entsetzlicher Fortschritt gegenüber den entsprechenden Texten früherer Lieder bedeutet. Würdige deren Vollständigkeit hauptsächlich in dem Anschlag der sentimentalischen Seite in der Seele ihres Publikums oder in der mondänen Konfession, mit der sie nicht weinte, wenn man auseinanderging, so hat der neue Text die Überwindung des süßlichen Schälerns und der bloßen lebendigen Lust durch die handfeste Anspielung für sich.

Daß sie „ausgesprochen Bonanen — Bonanen von ihm verlangt“, damit hat es ja doch etwas auf sich. Das ist doch einmal etwas. Da kann man doch die Phantasie spielen lassen. Da eröffnen sich doch Perspektiven. Hier ist doch einmal etwas, das nicht nur an der Oberfläche haften bleibt. Bitte: hier endlich einmal hat die hebelsteckte Deemasse des einschlägigen Publikums eine große Formulierung gefunden.

Erstaunlicherweise dürfen Komponist und Textautor nicht nur mit Genugtuung tuchen, daß ihr Werk lebt und Anerkennung findet; sie haben, wie die gelehrte deutsche Zeitschrift mitteilt, auch bis jetzt schon 25.000 Dollar an ihrer Schöpfung verdient.

Mit Rücksicht auf den Hungertod, dem Deutschlands Geistigkeit immer mehr verfallt, erscheint dieser Beitrag einermöglichen ausreißend, andererseits allerdings haben die beiden Schöpfer die Veröffentlichung ihrer Bilder in der erwähnten Zeitschrift mit in Kauf nehmen müssen, was gewiss ein Opfer bedeutet.

Die Reise nach dem Monde. Die famose Idee des alten Jules Verne, unseren nächsten Nachbar im Himmelsraum gelegentlich Besuche abzustatten, löst manche Zeitgenossen noch nicht ruhig schlafen. Neuerdings ist eine Schritt von Hermann Oberth erschienen, der das Ziel mit einem Raketenapparat erreichen will. Beim heutigen Stande der Wissenschaft und der Technik, sagt er, ist der Bau von Raketen möglich, die höher steigen können, als die Atmosphäre der Erde reicht. Bei weiterer Perfectionierung können diese Maschinen solche Geschwindigkeiten erreichen, daß sie im Lehreraum sich selbst überlassen, nicht auf die Erde zurückfallen, ja sogar den Bereich der Erdatmosphäre verlassen. Derartige Maschinen können so gebaut werden, daß Menschen mit empersöhren können, und zwar wahrscheinlich ohne gesundheitlichen Nachteil. Unter gewissen wirtschaftlichen Bedingungen kann sich der Bau solcher Maschinen lohnen; solche Bedingungen können „in einigen Jahrzehnten“ eintreten.

Die Frage, ob und wie die Leute nachher wieder zu uns zurückkommen, scheint noch nicht in Angriff genommen zu sein. Ihr Schicksal im weiten Weltensraum könnte sich wohl „unter Umständen und Bedingungen“ recht tragisch gestalten. Aber einige Jahrzehnte haben wir ja noch Zeit.

Ausgefressene Ehedreher. Der amerikanische Forschungsreisende Culmer Culbertson, der jetzt von seiner 15 Monate umfassenden Reise im Gebiet des oberen Amazonasstroms zurückgekehrt ist, machte in einer in New York gehaltenen Vorlesung interessante Mitteilungen über einen dort angetroffenen Stamm, dessen Geschichte älter sein soll als die der Azteken. Auch bei die'm Volk ist, wie bei vielen primitiven Völkern, die Abende von einer die Menschheit verbrennenden Sinnstlosigkeit lebendig zu erleben. Culmer Culbertson schildert die Stimmung, die er in der Gegend des Nappokulkes trat, insbesondere die jugendlichen Stämme, als Vertreter einer bemerkenswerten Moral. Sie stehen nicht und achten sich untereinander; nur lassen sie sich gelegentlich dazu verleiten, dem Kannibalismus zu huldigen. Dieser Reizung sollen insbesondere Männer zum Opfer, die ihren Frauen untreu geworden sind. Man verurteilt sie ohne weiteres zum Tode und richtet sie an Ort und Stelle hin, um sie dann mit Begehren zu verzehren.

Eine Maschine zum Aufforken. Immer entsetzlicher sucht man sich in Amerika von der Menschenhand zu emanzipieren und der Welt durch Maschinenarbeit zu erlösen. Die spanische Pflanzerei werden, heißt man sich heute zum Aufhören der Säuber in den herrlichen Gärten einer spanisch fortgeschrittenen Maschine, die nicht nur die jungen Bäumchen automatisch in das Beet einpflanzt, sondern sie gleichzeitig auch mit dem Pflanz und dem Wässer zur Belichtung der Wurzel versieht. Die Maschine vermag an einem Tage über 10.000 Bäumchen einzupflanzen.

Das deutsche Schulwesen im Vorkrieg. Im Jahre 1923 wurden in Preußen in 96 deutschen Schulen 12.170 Schüler unterrichtet (gegen 45 Schulen mit 7445 Schülern 1919/20). Ferner sind 10 Mittelschulen, 73 Grundschulen, 1 pädagogisches Institut, ferner Fachschulen, Kinderkrippen usw. — In Ostland beträgt die Zahl der deutschen Schulen 24 mit 4094 Schülern (14 Mittelschulen und 10 Elementarschulen).

Sonntagsruhe in Russland. Der russische Staatsvertrag „offiziell“ nicht, dem Dekretes zufolge, über 5 polnographische Betriebe mit 3000 Arbeitern. Die Produktion konzentriert sich zu 99,8 Proz. in Moskau, 20,3 Proz. in Petersburg und 9,9 Proz. in der Provinz.

Ein französisch-russischer Kapallo-Vertrag?

London, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das Finanzblatt „Financial News“ glaubt über den Stand der zwischen Frankreich und Rußland inoffiziell geführten Verhandlungen die folgenden Mitteilungen machen zu können, die wir jedoch nicht ohne Vorbehalt wiedergeben möchten: Die von französischer Seite durch den Hrn. Franklin-Drouillon geführten Verhandlungen seien bereits soweit gediehen, daß eine Verständigung über die wichtigsten Grundlagen des künftigen Vertrages als unmittelbar bevorstehend angesehen werden könne. Frankreich sei bereit, die Sowjetregierung als rechtmäßige Vertretung des russischen Volkes anzuerkennen, dagegen werde Moskau der französischen Regierung sehr bedeutende Konzessionen auf finanziellen Gebiet einräumen. Den französischen Missionären ermahnt russischer Gesellschaften werde das Recht zugestanden, neue Gesellschaften zu gründen mit der ausdrücklichen Zusicherung, daß diesen entweder die früheren oder gleichwertige Konzessionen eingeräumt würden. Abschließend Konzessionen sollen den Inhabern der russischen Staatsanleihe angeboten werden.

Paris, 3. Januar. Der Quot d'Orsay bemerkt die Meldung der „Financial News“, daß Verhandlungen zwischen Sowjetrußland und Frankreich in Gange seien.

Poincarés Antwort.

Paris, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Ein von offizieller Seite kommendes und offiziell verbreitetes Resümee über den Inhalt des am Mittwoch am Quot d'Orsay fertiggestellten Antwortentwurfs auf das jüngste deutsche Memorandum bestätigt die von uns bereits zum Ausdruck gebrachte Skepsis über die Resultate der deutsch-französischen Verhandlungen. Das merkwürdigerweise nur im Ausland verbreitete, der französischen Presse vorenthaltene Communiqué besagt, daß die von Herrn Poincaré zu Rate gezogenen „Sozialständigen“ Degoutte und Lizaro sich gegen die Gesamtheit der deutschen Vorschläge ausgesprochen hätten, weil sie darin eine Verminderung des Pfandes und der Garantie für die Sicherheit Frankreichs sehen, und daß demgemäß die französische Regierung den von Berlin gewünschten Maßnahmen hinsichtlich der wirtschaftlichen und administrativen Natur keine Folge zu geben vermöge. Darüber hinaus wird heute (Donnerstag) bekannt, daß die französische Regierung in ihrer Antwort insbesondere jede Verminderung der Güter- und Verkehrsperre zwischen Belgien und unbesetztem Gebiet rundweg ablehnt. Zwölfer Höhe aber ist es geradezu, wenn in der offiziellen Mitteilung hinzugefügt wird, daß ein Teil der deutschen Forderungen, insbesondere soweit sie die Frage der Rückkehr der ausgewiesenen Beamten, die Einstellung der Eisenbahnen und die politische und persönliche Freiheit der Bevölkerung betreffen, bereits im voraus Befriedigung erfahren hätte. Der Schlüssel aber, daß man in Paris die Tür zu weiteren Verhandlungen nicht zugeworfen beabsichtigt, wird charakterisiert durch den Zusatz, „je nachdem die Umstände dazu Gelegenheit geben würden“. Das heißt zu Deutsch: die von Berlin im Dezember eingeleitete Aussprache betrachte die französische Regierung als geschlossen.

Selbst diejenigen politischen Kreise Frankreichs, die von Anfang an dem Erfolg der Verhandlungen sehr pessimistisch gegenüberstanden, haben nicht erwartet, daß Poincarés Antwort so negativ ausfallen würde.

Nach Belien für eine Abkehrung?

Paris, 3. Januar. (EE.) Der Brüsseler „Tempt“-Korrespondent meldet, Belgien werde in seiner Antwort auf die Note der deutschen Regierung nicht gestatten, daß die Fundamente der deutsch-belgischen Pfänderverpflichtung irgendeinem Angriff ausgesetzt würden. Man wünsche aufrichtig eine Verständigung und wolle alle Maßnahmen ins Auge fassen, die eine Wiederbelebung des Wirtschaftslebens im besetzten Gebiet gestatten. Aber man könne eine Veränderung an der Organisation in ihrer jetzigen Form nicht gestatten, um so mehr, als immer wertvollere Ergebnisse zeltige. Dagegen seien Verbesserungsversuche für die Handhabung des Regimes im Ruhrgebiet zulässig. In Brüssel erkläre man, daß man bei den Auseinandersetzungen mit der Reichsregierung ein reiches Maß von Klugheit walten lassen.

Otto Wolff in Paris.

Paris, 3. Januar. (EE.) Otto Wolff ist anlässlich der Vermählung einer nahen Verwandten hier eingetroffen. Man erzählt, daß er eine Besprechung mit dem Direktor für Handelsangelegenheiten im Quot d'Orsay, Seydoux, haben werde.

Neuer Krankheitskurs.

Paris, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das neue Jahr hat einen neuen Sturz des französischen Franken gebracht. Dieser hatte zu Ende der vergangenen Woche eine beträchtliche Erholung zu verzeichnen, die den Dollar auf nahezu 19 hinabgedrückt hatte. Am Donnerstag ist der Dollar jedoch zum ersten Male auf über 20 gestiegen, um an der Börse mit 20,52 zu schließen. Die Wirkung des fortwährenden Sinkens der Währung macht sich in einem starken Anziehen der Preise und in einem wachsenden Rückgang der Kaufkraft weitaus stärker bemerkbar, insbesondere der Arbeiter, Angestellten und Beamten bemerkbar, denen in der vergangenen Woche die geforderten Teuerungszuschläge abgelehnt wurden.

Die Ruhrabreise.

Paris, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nach offizieller Meldung soll vom 17. bis 23. Dezember die Kohlenförderung im Ruhrgebiet 12 Millionen Tonnen oder 71,2 Proz. der normalen Produktion vor der Besetzung erreicht haben. Dagegen sei die Kohlenproduktion mit 145 000 Tonnen erst bei 34 Proz. der normalen Erzeugung angekommen.

Schachts Mission in London.

London, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Verhandlungen, die der neue Reichsbankpräsident Dr. Schacht in London führt, meldet die Londoner Presse, daß der Reichsbankpräsident Schacht keinerlei politische Charakter trage. Dr. Schacht verhandle lediglich über finanzielle Fragen, insbesondere über die von ihm beabsichtigte Gründung eines neuen deutschen Goldnoten-Instituts, das er zum Teil mit ausländischem Kapital, zum Teil durch Rückführung der ins Ausland geflochtenen Vermögenswerte nach Deutschland zu finanzieren gedenke. In der City bringe man den Plänen Schachts großes Interesse entgegen. Man habe bereits den Gedanken an die Einberufung einer Konferenz englischer Finanz- und Bankleute erhoben, die die Frage einer Anleihe an Deutschland prüfen sollen.

Eine neue deutsche Regierung bilden die bürgerlichen Parteien vorbehaltlich der Wahl durch die Volksversammlung, und zwar aus 10 Reichsnationalisten, 3 Zentrumsmännern und 3 Liberalen. Sie wird als Minderheitsregierung im Volkstage über 68 Stimmen verfügen.

Goldmieten und Wohnungswirtschaft.

Die erste Funktionskonferenz der Berliner Arbeiterorganisationen im neuen Jahre nahm zu der Frage der Goldmieten und der Wohnungswirtschaft, sowie zu den hierauf bezüglichen Maßnahmen der Regierung Stellung. Referenten waren die Genossen Dzialt, Vorsitzender des Deutschen Mieterbundes, und Kossin, Wohnungsbegehrter beim Magistrat Berlin.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Genosse Künster des Kampfes der Arbeiter und versprach ihnen unter allgemeiner Zustimmung der Funktionäre die volle Unterstützung der Partei in ihrem schweren Ringen.

Dann sprach

Genosse Dzialt.

Er führte etwa folgendes aus: Mit der Stabilisierung der Währung ist auf fast allen Gebieten die Goldrechnung wieder zur Einführung gelangt. Dieser Zeitpunkt schien dem Hausbesitzer geeignet, wieder Goldmieten zu fordern, obwohl er gleichzeitig die Zahlung der Hypothekenzinsen in Gold und damit die Aufwertung der Hypotheken absieht. Er nahm also nicht nur für das eigene Kapital, sondern auch für das Kapital der Hypothekengläubiger den Aufwertungsgewinn in Anspruch. Hiergegen wandten sich die Hypothekengläubiger, um ihren Anteil am Hause wieder in Gold umgewandelt zu sehen. Und schließlich kam der Steuerfiskus hinzu, der den Gewinn aus der Selbstwertung weder den Mietern nach den Hausbesitzern, noch den Hypothekengläubigern zukommen lassen, sondern ihn für allgemeine Finanzzwecke in Anspruch nehmen will. Daß die künftige Mietberechnung auf Goldbasis erfolgen wird, ist außer allem Zweifel. Es fragt sich aber einmal,

wie hoch die Miete geliebert werden soll,

und zum anderen, welchen Zwecken der Nutzen aus der Mietregelung dienen soll. Für die Höhe des Mietzinses muß der tatsächliche Bedarf der Wohnungswirtschaft maßgebend sein. Dieses Herabdrücken des Mietzinses unter das wirtschaftlich notwendige Maß führt früher oder später zum Verfall der Häuser und der Wohnstätten. Damit ist — ganz gleich, ob es sich um Privatwirtschaft oder Gemeinwirtschaft handelt — die untere Grenze für den Mietzins gegeben. Der Mietzins muß die Kosten der Hausverwaltung und des Betriebes der Hauswirtschaft einschließlich aller Aufwandsposten decken. Dazu sind durchschnittlich 25 Proz. der Friedensmiete, umgerechnet auf Goldbasis, erforderlich, wenn man annimmt, daß die Hausbewirtschaftungskosten heute die gleichen sind wie vor dem Kriege. Weitere 10 Proz. der Friedensmiete kommen dem Hausbesitzer als Ueberfluß, Mißparitäten und Entschädigung zugute. Die übrigen 65 Proz. werden der eigentliche Mietzins, d. h. der Zins für das im Grundstück angelegte eigene und fremde Kapital. Die letzteren beiden Mietzinsanteile von 10 plus 65 gleich 75 Proz. sind durch die Wirkung der Geldentwertung und die Mietsenkerhebung in Wesen gekommen. Wird die Miete wieder auf die Friedenshöhe gebracht, d. h. vervielfacht, so entsteht einerseits eine entsprechende Mehrbelastung der Mieter, andererseits eine neue Geldwaage, die — wie gesagt — vom Hausbesitzer, von den Hypothekengläubigern und vom Steuerfiskus für sich beansprucht wird. Die Mieter, die vielfach zugleich auch in den Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer sind, wehren sich entschieden gegen die

unsoziale Belastung ihrer Verhältnisse

mit einer neuen, womöglich noch stark gesteigerten Hausrente; sie lehnen aber ebenso entschieden auch die Deckung des Kreditbedarfs der öffentlichen Haushaltung aus der geplanten ungeheuerlichen Mietzins-Regelung ab. Gewerkschaften und Mieterorganisationen haben in gemeinsamen Verhandlungen den Standpunkt eingenommen, daß sich die Wohnungswirtschaft zwar selbst tragen muß, daß aus ihr aber nur Mittel für die Bewirtschaftung des alten Wohnungsbestandes und für Neubauszwecke herausgegeben werden dürfen. Nachdem die breiten Massen des Volkes die unehrenhafte Inflations-Neuzeit getragen haben, ist das von der Reichsregierung geplante Verbot der Aufwertung der Hypothekenforderungen nur gerechtfertigt, wenn er ausgerechnet bis zu frei erworbenen Sedimenten des Mietzinses hinreichend erstreckt werden sollen, so ist demgegenüber festzuhalten, daß diese Sedimente erst durch eine Mietsenkung entstehen, die über das wirtschaftlich notwendige Maß hinausgehen. Es handelt sich also beim Mietzinsbegriff nicht um eine Erfassung der Schwärze, sondern um eine

Erfassung des Arbeitseinkommens der Mieter.

und zwar deshalb, daß die Belastung gerade die Vermissten am härtesten drückt. Es ist typisch für die Pläne der Reichsregierung, daß sie die durch die veraltete Mietzinssteuer aufkommenden Mittel nur zu einem ganz winzigen Teile für Neubauszwecke verwenden will. Der meiste erhaltene Teil soll nach den neuesten Plänen in die Taschen der Länder und Gemeinden fließen, indem die Reichsregierung gleichzeitig die Bundeszuschüsse für die Beamten befristet. Nach Freisetzung der angekauften Friedensmiete glaubt man auf die Unterhaltung der Neubauschaffen verzichten zu können. Das Ergebnis der Pläne der Reichsregierung wäre also ein untragbarer Last für die Mieter bzw. Arbeitnehmer, ohne daß auf diesem Wege der Wohnungsnot wirksam gesteuert werden würde. Die Mieterhöhungen müßten neue Gehalts- und Lohnsteigerungen und damit neue Preissteigerungen nach sich ziehen, d. h. eine neue Inflation heraufbeschwören; es sei denn, daß man glaubt, trotz Mieterhöhungen ohne Einkommenssteigerung auskommen zu können. Solange nicht Gehalt und Einkommen in ausreichendem Maße zu Steigerungen herangezogen sind, insbesondere Landwirtschaft und Industrie, muß jeder andere Weg der Steuererhebung abgelehnt werden. Das einzige Gebiet, das noch der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegt, das Gebiet des Wohnungswesens, muß

von solchen finanziellen Experimenten verschont bleiben.

Das Reichsmietengesetz mit seinem — wenn auch nur bescheidenen — Kontrollrecht der Mietervereine muß bestehen bleiben bis zu dem Zeitpunkt, an welchem die Neuordnung des Wohnungswesens auf gemeinschaftlicher Grundlage erfolgt. (Lebhafter Beifall.)

Als zweiter Redner sprach

Genosse Kossin.

Die Wohnungsfrage ist, heißt den wichtigsten Teil der sozialen Frage ist. Daher ist die Wohnungsfrage von jeder einer der wichtigsten Programmpunkte der Sozialdemokratie gewesen. Schon Reichrich Engels hat 1872 eine Reihe von sehr beachtlichen Ausführungen über die Wohnungsfrage im „Volkswort“ veröffentlicht. Eine sozialistische Arbeiterbewegung in Berlin hat am 24. September 1871 zu diesen Fragen in sozialistischem Sinne eine Stellung genommen. Die schrecklichen Kämpfe der Sozialdemokratie führten endlich im Jahre 1918 zu dem Wohnungsrecht alle Gemeinden über 100 000 Einwohner wurden verpflichtet, Wohnungsämter einzurichten. Gemeinden über 100 000 Einwohner mußten Wohnungsämter schaffen. Aber was Wohnungsämter auf Grund erlassener Wohnungsordnungen

Durch die

Wohnungsnot nach dem Siege

wurde das Wohnungsmanagement für Berlin das Groß-Berliner Wohnungsamt geschaffen. Kreimert aber oder nicht genügend soziale Wohnungen wurden dadurch unter Anwesenheit gestellt. Die Wohnungsämter streben sich beim Bekämpfen dieser großen Notlage, dennoch haben sie im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung sehr segensreich gewirkt. Nach dem Viertel-

jahresbericht des Berliner Statistischen Amtes sind in der Zeit von April bis Dezember 1922 vermittelt worden:

16 582 Wohnungen von Stufe u. Küche	= 67 Proz. der Gesamtsumme	
6 146	von 2 Stuben	= 27
2 091	u. 3 u. 4	= 13
668	von 5	= 2 1/2

Daraus ergibt sich, daß 65 Proz. der nachgewiesenen Wohnungen nicht den Beherrschenden, sondern den proletarischen Schichten zugute gekommen sind. Auf dem Gebiet des Wohnungswesens liegt es in Berlin gerade in den proletarischen Gebieten sehr böse aus. Der Redner führte zahlreiche Beispiele der Wohnungsnot an. Aus der großen Halle der Beispiele sei nur eins wiedergegeben: In der Fürstengraben Str. 10 wohnen in 2 Stuben und Küche 14 Personen; Mann und Frau mit 12 Kindern von 3—24 Jahren. Dazu wird wieder Familienzuwachs in der Familie eines Sohnes erwartet. Außerdem soll die Schwiegermutter des Sohnes auch noch aufgenommen werden, so daß esbald

16 Personen in einer Wohnung haften.

Dieser furchtbaren Wohnungsnot kann nur durch Neubau gesteuert werden. Geld ist da. Tausende von Millionen sind für die neuen Reichen hergestellt worden. Ueberflüssiger Luxus „Ländchen“ viele dieser Häuser. Auf der anderen Seite wachsender Luxus. Am 1. Januar sind zwei Arbeiter in einer im Bau befindlichen Bedürfnisnot erkrankt. Da sie vom Wohnungsamt waren und keine andere Unterkunft finden konnten, hatten sie dort die Nacht verbracht.

Die Zwangswohnungswirtschaft hat mit dem Neubau nichts zu tun.

Für die neu errichteten Häuser besteht in Preußen seit dem 2. November 1920, in Bayern seit dem 31. März 1921 keine Zwangswohnungswirtschaft mehr. Und doch wird nicht gebaut. So lange man für lächerlich Geld noch 4 Proz. jährliche Zinsen erhält, denkt kein Kapitalist daran, sein Geld in Neubauten zu stecken. Daher haben wir zu verlangen, daß Reich und Staat aus öffentlichen Mitteln eine reze Sozialpolitik entfalten. Doch hat es gerade den Anschein, als ob das Gegenteil eintreten soll. Nach Äußerungen prominenter Baukammerleute geht hervor, daß man nicht daran denkt, sonstige, schöne, gesunde Wohnungen für die Arbeiterfamilien zu erbauen, daß man vielmehr eher daran denkt, jene Kreise zu unterstützen, die Mittel genug haben, um Grund und Boden zu beschaffen.

Mit den Goldmieten soll auch das Mieterkreditwesen und das Reichsmietengesetz fallen und mehrheitlich zum 1. Oktober 1924 auch die Zwangswohnungswirtschaft. Dann sind die Hausbesitzer wieder „Herren im Hause“. Dagegen muß die Sozialdemokratie ankämpfen. Für die Forderung des Neubaus durch öffentliche Mittel müssen wir durch parlamentarische und außerparlamentarische Mittel kämpfen. Unsere Parole sei: Keine Mietersteuer ohne Wohnungsneubau. (Lebhafter Beifall.)

In der

Diskussion

Sprach zunächst Genosse Aldemann: Das Schlußwort auf dem Gebiet des Wohnungswesens ist die durch die rein bürgerliche Reichsregierung geförderte Verwirklichung der Pläne zu einer gemeinnützigen Wirtschaft auf dem Gebiet des Wohnungswesens. Es wäre Aufgabe der öffentlichen Organe gewesen, die von der Arbeiterkraft gebildeten sozialen Baubetriebe mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen. Die öffentlichen Organe haben hierin versagt. Durch die Unterstufung der Gewerkschaften sind etwa

250 soziale Baubetriebe mit über 20 000 Arbeitern

entstanden. Die Arbeiterkraft muß diese Betriebe in jeder Weise unterstützen. Dem wirtschaftlichen Einfluß der Hausbesitzer können wir begegnen, wenn wir uns selbst wirtschaftliche Rechtspositionen erobern, die uns gegen politischen Einfluß zu erkräften. (Beifall.)

Genosse Dr. Herz: Wenn man sagt, daß durch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes die neue Mietergesetzgebung möglich geworden sei, so ist das falsch. Es liegt doch so, daß alle bürgerlichen Parteien von der Deutschnationalen bis zu den Demokraten die Maßnahmen der Regierung gebilligt haben. Es muß einmal mit dem der Partei schließlichen Gerede aufgeräumt werden, als ob das Ermächtigungsgesetz an allem schuld sei. Die Pläne der Regierung haben so oft gescheitert, daß heute noch nicht gesagt werden kann, welche Stellung die Regierung zu den Fragen des Mietwesens einnimmt. Diese Probleme müssen vom Standpunkt der Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit behandelt werden, denn der Arbeiter ist nicht nur Konsument, sondern auch Produzent. So kommt man zu dem Schluß, daß die Mietersteuer die denkbar unsozialste ist. Neubautätigkeit gibt es nur, wenn gemeinnützig gebaut wird.

Die Inflation war der beste Bundesgenosse der Reaktion.

Keine Steuer ist so verhängnisvoll wie die Inflation. Jedes Uebel ist eine Dappalie dagegen, wenn es dazu dient, eine neue Inflation zu vermeiden. Es darf aber nicht zugegeben werden, daß die Großgrundbesitzer steuerfrei bleiben. Grundsätzlich braucht man die Mietersteuer nicht abzulehnen, man muß die Stellungnahme von ihrer Gestaltung abhängig machen. (Beifall.)

Genosse Dr. Gaiser bespricht die organisatorische Erfassung der Mieter. Genosse Kuben polemisiert gegen Herz. Können wir den Arbeitern sagen: Wir sind die Arbeiterpartei? Die Mieterorganisation hat manchen Schritt weitergehen müssen, den eigentlich die Reichsstaatsfunktionäre hätten beschreiten müssen. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Kossin: Die Wohnungsfrage ist eine Frage des Bodenrechts. Alle Volkswirtschaften mühen nichts, wenn Privateigentum Bodenbesitzer sind. Die Reichsstaatsfunktionäre stellen einen Initiativort in höherem reformerischem Sinne einbringen.

Genosse Silbermann wendet sich dagegen, daß behauptet wird, die Reichsstaatsfunktionäre hätten eine negative Wohnungspolitik getrieben. Wer der außerordentlich aktiven Arbeit der Funktionäre ist die bisherige Mietergesetzgebung zu verdanken. Seit neun Monaten war das Bauprogramm der Regierung in Arbeit.

Was die Inflation verschuldet, soll man nicht der Reichsstaatsfunktionäre in die Schuhe schieben.

Ich glaube nicht, daß die Mieterorganisation erst durch die negative Politik des Reichsstaats herangezogen sei. Sie ist in Wirklichkeit aus den wirtschaftlichen Verhältnissen herausgewachsen. Bereits im Frühjahr hat die Reichsstaatsfunktionäre in Verbindung mit dem Bauprogramm einen bodenreformistischen Entwurf eingebracht, der in den Kreisen unserer Gegner großes Aufsehen erregt hat. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Nach den Schlußworten der Referenten wurde folgende

Resolution

eingestimmt angenommen: Die Funktionäre der SPD Groß-Berlin erheben schärfsten Protest gegen die unsozialen Pläne der Reichsregierung, die Mieten zu herabzusetzen und in die Höhe zu treiben. Sie fordern, daß die Reichsstaatsfunktionäre sich jedem Versuch, die Mieten zu anderen Gründen als denen der Wohnungswirtschaft selbst zu belassen, mit Entschiedenheit widerlegen und die steuerliche Belastung von Industrie und Landwirtschaft bis zur Erfassung der dort vorhandenen Schwärze zu belassen verweigern.

Das Wohnungswesen bedarf heute mehr denn je der öffentlichen Bewirtschaftung und muß durch Anbahnung der Gemeinwirtschaft dem strapaziösen Gewinnstreben spekulativ eingestellter Kreise entzogen werden.

Von der Regierung wird eine entschiedene, zielbewusste und praktische Wohnungspolitik, welche die Interessen der Arbeiterklasse berücksichtigt, erwartet. Von der Reichsstaatsfunktionäre der SPD, erwarten die Berliner Funktionäre, daß sie alle diesbezüglichen Maßnahmen ergreift.

Gewerkschaftsbewegung

Abbau republikanischer Beamten.

Aus Beamtentreisen der Eisenbahndirektion Berlin wird uns geschrieben: Nach den Richtlinien des Reichsverkehrsministers bezüglich des Beamtenabbaus darf die Auswahl der in den einflussreichen Ruhestand zu Versetzenden durch ihre politische, konfessionelle oder gewerkschaftliche Betätigung nicht beeinflusst werden. Gerade dieser Punkt ist in den Richtlinien mehrfach wiederholt. Zuerst sollen Beamte von 65 Jahren und darüber ausscheiden, dann solche, welche durch Krankheiten nicht mehr voll dienstfähig sind, und des weiteren dienstunwillige Beamte.

Wie wirkt sich der Abbau nun besonders bei der Reichsbahndirektion Berlin aus? Reaktionen Oberbeamte, die sich am Rapp-Putsch beteiligten, benutzen die Abbauperiode, um hauptsächlich Beamtentratsmitglieder und Funktionäre der Gewerkschaften, die als solche beim Streik hervorgetreten sind, oder sonst fest auf dem Boden der Republik stehen, auf Wartegeld zu setzen. Es kommt hierbei gar nicht darauf an, ob der Beamte seinen Dienst tadellos verrichtete, ob er noch im besten Lebensalter steht, es kommt vielmehr auf seine gewerkschaftliche Tätigkeit und eventuell seine politische Stellung für den Abbau an. Beamte, zwischen 40 und 50 Jahren, welche dienstlich nicht einmal einen Verweis in ihren Akten haben, müssen zum Opfer reaktionärer Beamten werden. Was helfen hier alle Richtlinien des demokratischen Verkehrsministers Defer, wenn in einer solchen Weise gehandelt werden darf? Die Anordnungen des Reichsverkehrsministers geben von der anerkanntesten Wichtigkeit aus, tunlichst nur solche Beamte abzubauen, von denen wegen hohen Alters, Krankheit oder Boswilligkeit eine gesteigerte Leistungsfähigkeit nicht ohne weiteres verlangt werden kann.

Wenn überall streng und unparteiisch im Sinne der ministeriellen Richtlinien verfahren würde, dann wäre es unmöglich, daß jetzt plötzlich die bedrückendsten Mißgriffe bekannt werden und besonders unter der Beamtenschaft der Eisenbahndirektion Berlin böses Blut erregen. Hier ist mit der Durchführung des Abbaus der aus den Tagen des Rapp-Putsches bekannte Abteilungsleiter Oberregierungsrat Wallbaum betraut worden, mit dem damals verfassungstreue Untergebene recht peinliche Zusammenstöße erleben mußten. Die Verwaltung konnte damals nicht umhin, gegen Wallbaum ein Untersuchungsverfahren einzuleiten. Dieser hohe Beamte ist nun heute durch das Vertrauen seines anscheinend ohnungslosen demokratischen Ministers in die glückliche Lage versetzt worden, seine schon fast vergessenen unerbittlichen Drohungen in den Rapp-Tagen gegen aufrechte Republikaner wahrzumachen. Sein Kalkül wütet augenblicklich in den Beamtenslisten, so daß ein großer Teil der von ihm diktierten Beamtenerfahrungen den unerkennbaren Stempel von absichtlichen Maßregelungen tragen. Beamte, die ihm einmal als gute Republikaner aufgefallen sind, werden von ihm ohne Federlesen zurückgestellt, d. h. an die frische Luft geschickt. Es kommt ihm weiter gar nicht darauf an, in direktem Widerspruch zu den ministeriellen Richtlinien zwischen 40 und 50 Jahre alte Beamte abzubauen, die in den Personalakten nicht einmal einen dienstlichen Verweis haben, geschweige denn, daß sie viel krank oder gar dienstunwillig waren. Der Herr Verkehrsminister sollte die sonderbare Tätigkeit dieses eigenartigen Vertrauensmannes der Eisenbahndirektion Berlin einmal etwas näher ansehen. Er wird alsdann sicher zu der Ansicht kommen, daß dem unmäßigen Maßregelungs- und Nachschleppung des schneidigen Herrn Abteilungsleiters Wallbaum ein schnelles und energisches Ende gemacht werden muß. Mit dem erforderlichen atmenmäßigen Material kann dem Herrn Reichsverkehrsminister jederzeit gebietet werden.

Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft.

Der Bundesausschuß des IFA-Bundes hat am 3. Januar getagt und nach eingehender Erörterung folgenden Beschluß gefaßt: „Der Bundesausschuß beauftragt den IFA-Vorstand, den Austritt des IFA-Bundes aus den Zentralarbeitsgemeinschaften sofort zu vollziehen.“

Damit haben der IFA-Bund und der Gewerkschaftsbund der Angestellten nunmehr die Arbeitsgemeinschaft aufgegeben, so daß von Angestellten dort nur noch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband vertreten ist. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund dürfte voraussichtlich seine endgültige Stellungnahme zur Arbeitsgemeinschaft auf der Mitte Januar stattfindenden Bundesausschusssitzung beschließen.

Zur Arbeitspflicht der Erwerbslosen.

Eine Darstellung des Bezirksamts Kreuzberg.

Vom Arbeitsamt des Bezirksamts Kreuzberg erhielten wir eine längere Zuschrift als Erwiderung auf die vom „Vorwärts“ in seinen Nummern 589 und 607 veröffentlichten Beschlüssen über die Praxis der Arbeitspflicht der unterstützten Erwerbslosen. Städtirat Gattschalk beruft sich zunächst auf die geltenden Bestimmungen. Das Bezirksamts sei nur ausführendes Organ „und kann unmöglich für

die dem Erwerbslosen durch § 8 Abs. 2 der Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfrage entstehenden Nachteile verantwortlich gemacht werden.“ Das ist unbefriedigend; worum es sich dreht, ist die Art der Ausführung der Verordnung.

Der Erwerbslose hat jede Arbeit anzunehmen, die ihm nach seiner körperlichen Beschaffenheit zugemutet werden kann. Die Auffassungen darüber können recht weit auseinandergehen. Das Bezirksamts verfährt: „Es wird jedoch stets in humaner Weise verfahren“. Gerade dies haben wir in dem Fall Dittmann vermisst. Dazu gibt das Bezirksamts folgende Erklärung:

Auf Grund des pflanzlichen und unermuteten Infortitretens des § 9 über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfrage mußten bei den feinerzeit eintretenden Schneefällen die Erwerbslosen ohne Vorbereitung vermittelt und der städtischen Straßenreinigung zur Verfügung gestellt werden. Hierbei wurden jedoch, wie auch in anderen Fällen, gemäß diesseitiger Anordnung nach den Vorschriften des Arbeitsnachweisgesetzes in erster Linie die Jugendlichen unter 20 Jahren, sodann die älteren un- oder halbverheirateten Personen und in letzter Linie die Verheirateten berücksichtigt. Personen über 60 Jahre werden grundsätzlich nicht vermittelt. Wenn trotzdem derartige Personen vermittelt worden sind, so ist dies ein Versehen, welches mit Rücksicht auf die damalige außerordentlich schwierige Lage zu entschuldigen sein dürfte, um so mehr, als nach Aussage des zuverlässigen und lange erprobten Vermittlungsbeamten der Schriftführer Gustav Dittmann, 61 Jahre alt, sicher nicht angegeben hat, daß er lungentkrank und infolgedessen nicht mehr voll erwerbsfähig war. Hätte er seine Krankheit dem Vermittler mitgeteilt, dann wäre er, wie alle diese Personen, nicht zur Arbeit, sondern zwecks Feststellung des Gesundheitszustandes zum Stadtarzt geschickt worden.“

Sehen wir einmal von dem zugegebenen folgen schweren Versehen in diesem Falle ab, um auf den springenden Punkt einzugehen. Beim Schneeschleppen kann sich ein älterer, an ständiger Innenarbeit gewöhnter Arbeiter eine schwere Lungenentzündung zuziehen, ohne daß er lungentkrank ist. Abgesehen von den allgemeinen körperlichen Nachteilen infolge jahrelanger Unterernährung ist ein Innenarbeiter auch in seiner Befähigung nicht auf Außenarbeit eingestellt. Das Krankwerden wird von jedem Erwerbslosen, der es irgend noch vermeiden kann, vermieden werden, aus der Befürchtung heraus, bei Überweisung an die Kronentafel wirtschaftlich noch schlechter gestellt zu sein, als es der Erwerbslose ohnehin ist. Diese Einstellung ist zwar falsch, aber doch sehr wohl zu begreifen. Eben deshalb kann nicht einfach nach Schema F verfahren werden.

„Daß die Buchdrucker von der Vermittlung für Schneeschleppen und Erdbarbeiten zu gemeinnützigen Zwecken befreit sind, darüber besteht keine Verfügung. Da fast ausschließlich das graphische Gewerbe im Bezirksamts Kreuzberg vertreten ist und deshalb einen großen Prozentsatz der Erwerbslosen bildet, können die Buchdrucker zum Nachteil anderer derartiger Gewerbe, wie z. B. Schneider, Schreiber usw., nicht besonders außer Betracht gelassen werden; denn was dem einen recht, ist dem anderen billig.“

Die Buchdrucker, Schneider, Schreiber u. a. sind jedenfalls nicht daran schuld und können nicht gewissermaßen dafür bestraft werden, daß dem Bezirksamts Kreuzberg für Winterarbeit im Freien nicht genügend Außenarbeiter zur Verfügung stehen. Die Buchdrucker wollen für sich kein Vorkrecht, sondern ihre Organisation fordert für sie als Vertreter ihrer Interessen, daß Innenarbeitern nicht Arbeiten zugewiesen werden, die ihnen nicht ohne weiteres zugemutet werden dürfen. Fühlen sich Angehörige anderer Berufsgruppen in ähnlicher Weise beschwert, werden deren Organisationen für sie eintreten. In diesem Falle drängte sich infolge der besonderen Verhältnisse und infolge des Todes eines Mitgliedes dem Verbände der Buchdrucker die Notwendigkeit der Beschwerde direkt auf. Irgendeine Verordnung kann nicht einfach über Leib und Leben verfügen.

Zum Schluß werden noch die Vorkommnisse auf dem Sportplatz Preußen in der Zuschrift berührt.

„Lehter ist seitens des Landesamts als gemeinnütziges Unternehmen anerkannt worden auf Grund von Verpflichtungen, welche der Verein vertragsmäßig der Allgemeinheit gegenüber in bezug auf die Benutzung des Sportplatzes eingegangen ist. Die Firma Hein, Tempelhof, welche die Arbeiten für den Sportplatz Preußen ausführt, hat die Annahme der am 15. Dezember 1923 und den folgenden Tagen vermittelten Arbeiter verweigert, weil die Frage der gesetzlichen Haftpflicht bei etwa eintretenden Unglücksfällen nicht geklärt war und jetzt auch noch nicht geklärt ist. Die Arbeiter mußten dort längere Zeit warten und wurden schließlich zurückgeschickt. Daß dieser Tag den vermittelten Erwerbslosen trotzdem als Arbeitstag angerechnet wird, versteht sich von selbst.“

Es müßte sich aber auch von selbst verstehen, daß, bevor man Erwerbslose irgendwohin schickt, zuvor diese Dinge geregelt werden müssen. Denn schließlich wird doch die Arbeitslust nicht gefördert, wenn in den Erwerbslosen der Einbruch aufkommen muß, als wolle man sie zum Karren halten, oder sie schikanieren. Bei der Stämmung, die die Erwerbslosen allgemein und bei der zumal noch recht ungeordneten Arbeitspflicht im besonderen beherzigt, ist eine vorläufige Behandlung um so mehr angebracht; nicht nur beim Bezirksamts Kreuzberg. Eine wahllose Befolgung der Vorschriften führt zur Willkür und richtet mehr

Schaden an als diese ganze Arbeit wert ist. Wenn irgendwo so ist es hier notwendig, mit den Gewerkschaften als den Vertretern der Erwerbslosen eine gangbare Regelung zu treffen.

Streik der Bauanschläger.

Die Bauanschläger sind am 31. Dezember v. J. in den Streik getreten. Die Arbeitgeber hatten einen Schiedspruch erwirkt, nach dem die Löhne für alle Berufsgruppen um 10 Proz. reduziert werden sollten, und einen weiteren Antrag an den Schlichtungsausschuß eingereicht, um die Arbeitszeit von 46 1/2 auf 53 Stunden pro Woche zu verlängern, trotzdem die Anschläger seit 23 Jahren den Achtstundentag tariflich vereinbart hatten. Die Lohnreduzierung war von allen Gruppen abgelehnt worden und eine Vereinbarung dahingehend getroffen, daß der Schlichterband Berliner Schlossereien und verwandter Berufe zur Beilegung der Differenz den „Demo“ anrufen sollte. Dies geschah aber nicht. Zu dem Termin zwecks Regelung der Arbeitszeit, welcher vom ersten Schlichtungsausschuß auf den 28. Dezember 1923 vertagt war, erschienen die Arbeitgeber auch nicht, angeblich weil sie keine Beifiger stellen konnten.

Alle diese Prozeduren genügten den Arbeitgebern aber noch nicht. Nunmehr gingen sie dazu über, den Rahmenvertrag am 31. Dezember 1923 zu kündigen und weiter eine Lohnreduzierung von 6 Pf. pro Stunde ab 31. Dezember 1923 zu verfügen.

Nach alledem scheint es, daß der Schlichterband unter allen Umständen, genau wie in der Berliner Metallindustrie, in seinen Betrieben zur Aussperrung schreiten will, um die Diktatur des Kapitalismus auch für die dem Schlichterband angeschlossenen Betriebe zur Durchführung zu bringen. Die gut organisierte Arbeiterschaft, die in den Schlossereien Berlins beschäftigt ist, wird diesen Anschlag der Unternehmer abzuwehren wissen.

Achtung, Bauarbeiter! Wie aus obigem Bericht ersichtlich, stehen die Bauanschläger seit dem 31. Dezember im Streik. Deshalb bitten wir die gesamten Bauarbeiter, die auf Bauten beschäftigten Anschläger auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen; nur solche Bauanschläger haben die Berechtigung zur Arbeit, die mit einer Arbeitsberechtigungskarte der Organisation versehen sind.

Die Ortsverwaltung d. D. M. A. G.

Lohnvereinbarungen im Tapezierergewerbe. Bei den Verhandlungen beim Demobilisationskommissar wurden die Löhne für Gruppe II für die Zeit vom 8. bis 21. Dezember auf 65 Pf. festgelegt und für die Zeit vom 22. Dezember bis 18. Januar auf 60 Pf. Die anderen Gruppen im entsprechenden Verhältnis. In allen Betrieben, wo bis zum 21. Dezember über 65 Pf. und von da über 60 Pf. gezahlt worden sind, findet eine Rückzahlung nicht statt.

Achtung, Chirurgiemechanik! Wie uns mitgeteilt wurde, sind einige Arbeitgeber mit dem Verlangen, ab 2. Januar 48 Stunden zu arbeiten, an die Delegierten herangetreten. Wir machen darauf aufmerksam, daß laut Tarif immer noch die 46 1/2 stündige Wochenarbeitszeit besteht. Lohnverhandlungen finden auf Einladung der Arbeitgebergruppe am Sonnabend statt. Näheres in der Funktionärssitzung am Montag. (Siehe Inserat.) Die Ortsverwaltung.

C. Lorenz, Tempelhof. Freitag nachmittags 2 Uhr Funktionärssitzung im Wäldergarten. — Sonnabend vorm. 10 Uhr Betriebsversammlung im Wäldergarten, Berliner Straße.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltung Berlin. Heute abend 7 Uhr bei Altem, Dalesheide 14/15, Vertrauensmännerversammlung der dem Reichsanwaltschaft unterstehenden Betriebe. Jeder Betrieb muß einen Vertreter entsenden. Um 6 Uhr erweiterte Vermählung ebenso. Die Ortsverwaltung.

Firma Geetz, Friedenau und Jochenberg. Freitag, den 4. Januar, nicht um 4 1/2 Uhr, sondern um 2 Uhr Betriebsversammlung im Lokal Wäldergarten, Berlin.

Transportarbeiter und -arbeiterinnen in der Berliner Metallindustrie. Sonntag vorm. 9 1/2 Uhr Vertrauensmännerversammlung in den Sophienböden, Sophienstr. 17. Tagesordnung: Die bis jetzt und zukünftige Entscheidung der Reichsanwaltschaft in der Metallindustrie. Diese Versammlung nimmt Stellung zu den Ereignissen und zur Auswirkung in der Metallindustrie. Deshalb muß jeder einzelne teilnehmen. Mitgliedsbuch legitimiert. Deutscher Gewerkschaftsbund, Section V.

Achtung, Bauarbeiter! Wichtige Versammlung aller Bauangehörigen des Deutschen Bauernbundes. Angeordnet durch die Ortsverwaltung, den 7. Januar, nachmittags 8 Uhr, im Lokal des Gewerkschaftsbundes. Erscheinen aller Bauangehörigen ist Pflicht! Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte sind am Saaleingang vorzulegen, ohne dieselben kein Zutritt. Der Verband.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Osterhaus; Gewerkschaftsbewegung: A. Grotzer; Kultur: Dr. John Schillmann; Soziales und Erziehung: Erik Rößler; Anzeigen: H. Gleditsch; Redaktion: Berlin; Verlag: Bornstr.-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Bornstr.-Verlag G. m. b. H. Berlin. Berlin-Charlottenburg, Paul Sinter u. Co. Berlin SW. 6. Unter den Eichen 2. Straß. eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Grünwelt“.

Großer Preissturz unserer Fabrikate!

Herrn-Anz. 2- und Paletstoffe m. M. 6,- 8,- 12,- 15,-
Damen-Kostüm- und Unterstoffe „ 5,- 7,- 10,-
Gahardine, Kompan, Vellour de laine M. 4,- 6,- 8,-
Beste Fabrikate - Große Auswahl - Verkauf meterweise.

Koch & Seeland G. m. b. H.

Ge-ründet 1893. Gertraudenstraße 20-21. Ge-ründet 1893

Unermüdet billig!

195 225 345 550 790 950 1090 1250 1450

- Damen-Turnschuhe, grau-rot, Chrom-schle, Gr. 36-42
- Damen-Segelschuhe, weiß, weiß ange-ox., Gummi-Sohle, Gr. 36-42
- Damen-Schnürschuhe, weiß, Leinen, Derby, Gr. 36-42
- Kinder-Schnürschuhe, schwarze, Chevreau, sehr ohne Fleck, Gr. 18-20
- Damen-Schnürschuhe, weißes Leinen, überzogener Absatz, mod. Form, Gr. 36-42
- Damen-Kamelhaar-Überschlagschuhe, Filz- und Led. Sohle, Gr. 36-42
- Damen-Kamelhaar-Schlüpf, Filz- und Ledersohle, sehr ohne Fleck, Gr. 36-42
- Damen-Kamelhaar-Haarschuhe, Leinwand, braune Filz- u. Ledersohle, verdeckte Naht, Gr. 36-42
- Damen-Lasting-Schnürsch., Ledergarn, engl. Absatz, Gr. 36-42
- Damen-Lederschlüpf, schwarz, gewandete Ledersohle, hübscher Pompon, Gr. 36-42
- Damen-Coxy-Schuhe, eleg. Leinwand, mit Beldonhanddrehung und gepolsterter Ledersohle, Gr. 36-42
- Damen-Spangenschuhe, R-Chevreau, engl. Absatz mit Strassensohle, Gr. 36-42
- Damen-Tesselschuhe, weißes Leinen, Chrom-schle, gepolp., Gr. 36-42
- Mädchen-Gesellschaft, schwarze Kindleder, Is Kernlederböden, dusterhaft, strapazierstiefel, Gr. 27-30
- Knaben-Gesellschaft, schwarze Kindleder, mit Agraffen, Gr. 27-30
- Mädchen-Spangenschuhe, R-Chevreau, Ledersohle, Absatz, Gr. 31-35
- Mädchen-Goldfäden-Spangenschuhe, engl. Absatz, Gr. 27-30
- Damen-Spangenschuhe, schwarz, echt Chevreau, spitze Form, mod. Absatz, Gr. 36-42
- da., echt Boxcalf, elegante, spitze Form, Gr. 36-42
- da., R-Chevreau, mit Lackkappe, praktische Strassenschuhe, Gr. 36-42
- Damen-Hiespangenschuhe, echt Chevreau, moderne Form und Absatz, Gr. 36-42
- Mädchen-Schnürstiefel, schwarz Boxcalf, prima Strassenschle, Gr. 31-35
- Knaben-Agraffenstiefel, kindleder, kräftig, strapazierstiefel, Gr. 36-38
- Damen-Sandalen-Spangenschuhe, schwarz, echt Chevreau, mit Louis XV.-Absatz, Gr. 36-38
- Damen-Sal- und Abschlüsse in Brokat, Atlas u. Wildleder, in Feinst-Ausführung, Gr. 36-40
- Herrn-Halsb., braun und schwarz Boxcalf und Kindbox, echte Rahmenarbeit, Gr. 44-48
- Herrn-Halsb., braun und schwarz Boxcalf und Kindbox, echte Rahmenarbeit, Gr. 44-48
- Damen-Schnürschuhe, Is Chromlack, ganz besonders billig, Gr. 36-42
- da., Is Boxcalf, mod. spitze Form, halbhohler Absatz, Gr. 36-42
- da., Is R-Chevreau, bequeme halbrund Form, engl. Absatz, Gr. 36-42
- Damen-Spangenschuhe, Boxcalf, Orig.-Good-year-Weit, beste Verarbeitung, Gr. 36-42
- Damen-Sandalen-Spangenschuhe, schwarz, echt Chevreau, mit Louis XV.-Absatz, Gr. 36-38
- Herrn-Halsb., braun und schwarz Boxcalf und Kindbox, echte Rahmenarbeit, Gr. 44-48
- Herrn-Halsb., braun und schwarz Boxcalf und Kindbox, echte Rahmenarbeit, Gr. 44-48
- Damen-Schnürschuhe, Is Chromlack, ganz besonders billig, Gr. 36-42
- da., Is Boxcalf, mod. spitze Form, halbhohler Absatz, Gr. 36-42
- da., Is R-Chevreau, bequeme halbrund Form, engl. Absatz, Gr. 36-42
- Damen-Spangenschuhe, Boxcalf, Orig.-Good-year-Weit, beste Verarbeitung, Gr. 36-42
- Damen-Sandalen-Spangenschuhe, schwarz, echt Chevreau, mit Louis XV.-Absatz, Gr. 36-38
- Herrn-Halsb., braun und schwarz Boxcalf und Kindbox, echte Rahmenarbeit, Gr. 44-48
- Herrn-Halsb., braun und schwarz Boxcalf und Kindbox, echte Rahmenarbeit, Gr. 44-48
- Damen-Schnürschuhe, Is Chromlack, ganz besonders billig, Gr. 36-42
- da., Is Boxcalf, mod. spitze Form, halbhohler Absatz, Gr. 36-42
- da., Is R-Chevreau, bequeme halbrund Form, engl. Absatz, Gr. 36-42
- Damen-Spangenschuhe, Boxcalf, Orig.-Good-year-Weit, beste Verarbeitung, Gr. 36-42
- Damen-Sandalen-Spangenschuhe, schwarz, echt Chevreau, mit Louis XV.-Absatz, Gr. 36-38
- Herrn-Halsb., braun und schwarz Boxcalf und Kindbox, echte Rahmenarbeit, Gr. 44-48
- Herrn-Halsb., braun und schwarz Boxcalf und Kindbox, echte Rahmenarbeit, Gr. 44-48
- Damen-Schnürschuhe, Is Chromlack, ganz besonders billig, Gr. 36-42
- da., Is Boxcalf, mod. spitze Form, halbhohler Absatz, Gr. 36-42
- da., Is R-Chevreau, bequeme halbrund Form, engl. Absatz, Gr. 36-42
- Damen-Spangenschuhe, Boxcalf, Orig.-Good-year-Weit, beste Verarbeitung, Gr. 36-42
- Damen-Sandalen-Spangenschuhe, schwarz, echt Chevreau, mit Louis XV.-Absatz, Gr. 36-38

Zum Ausuchen Sowit Verrut
Ein grosser Posten warme, feine Hautschuhe
Steppweite, Velvetaut, Atlas, Broché usw. mit Leder- bzw. Filzsohle usw. 345
durcheinander..... Jedes Paar

Die ungeheure Auswahl ermöglicht Jedermann, das Passende zu finden. Die sprichwörtliche Billigkeit in unserem Ausverkauf ist stadtbekannt

Inventur - Ausverkauf Eisen

vom 3. 16. Januar

Beschwerden	<h2 style="margin: 0;">Das unzufriedene Berlin</h2>	Vorschläge
-------------	---	------------

Der „Schwindsuchts-Bahnhof“.

Behörden sind nie sehr rücksichtsvoll. Eine preußische Behörde hätte, wenn früher jemand behauptet hätte, sie wäre rücksichtsvoll, Strafentzug wegen Beleidigung gestellt. Das Publikum ist im allgemeinen in die-er Beziehung von den Behörden nicht verwöhnt. Zwischen rücksichtsvoll und rücksichtslos ist aber noch ein großer Unterschied. Und wenn man schon trotz „Goldjahrpreise“ noch oft in ungeheiztem oder schlecht geheiztem Wägen mit Rücksicht auf die Kohlennot, schlecht schließende Fenster und Türen, mit Rücksicht auf die (nach den rigorosen Entlassungen) mangelnden Arbeitskräfte und Materialpreise stilschweigend oder mehr oder weniger laut knurrend diese Dinge in Kauf nimmt, so übersteigen doch die Zustände auf dem Böttcherbahnhof Strauß-Kummelsburg jeder Beschreibung, so daß nicht der pedantische deutsche Witzel die Ruhe, die die erste Bürgerpflicht sein soll, verlieren kann. Der Bahnhof hat den größten Umsteigerverkehr der Reichsstadt Berlin. Bei der Höhe seiner Anlage über den Gleisen der Ost- und Schlesischen Bahn hängt er sozusagen völlig in der Luft. Dieser Bahnhof besitzt durch die engen Raumverhältnisse für das Publikum eine am nordwestlichen äußersten Ende gelegene und daher kaum benutzbare Unterkunftsstätte und gar keine Schutzhäute, die Wind und Wetter abhalten. Bei den Vergnügen hat, an stürmischen Tagen, etwa den ersten Weihnachtsfeiertag vormittags, bei Schneesturm von 1/11 Uhr bis gegen 1/12 Uhr mittags auf eine Zugverbindung auf diesem Bahnhof ein knappes Stündchen zu warten, und dabei hinter der dem Sturm entgegengelehnten Wand der Stationsvorsteherkasseler der Treppenhallen, die von Hunderten vor Frost bebenden, zähneklappernden Menschen und meinenden Kindern Kopf an Kopf gedrängt belagert werden, keinen Platz mehr findet, kann hier die Freude eines Schneesturms wie auf einem Gebirgsrücken voll und ganz auskosten. Wenn die Bahnverwaltung, vielleicht der Herr Eisenbahnminister selber einmal „Studienhalber“ so ein Stündchen in lustiger demokratischer Freiheit miterlebt, ich wäre überzeugt, daß trotz hoher Materialpreise Ergänzungen sofort anordnen würde, doch dort trotz Raummangel mehr Unterkunftsplätze geschaffen, zum mindesten aber, wie im Bahnhof Jannowitzbrücke Glaswände rechts und links außerhalb der Schienen gebaut würden, um das Publikum vor Sturm und Wetter wenigstens einhermischen zu schützen. Wenn die Reichseisenbahnverwaltung für alle Erläuterungskosten finanziell hafter gemacht würde, läme auch ihr die Erkenntnis, wie recht das Publikum hat, wenn sie diesen Bahnhof als den „Schwindsuchts-Bahnhof“ bezeichnet. Zumindest sollte aber, um der Ueberfüllung des Bahnhofs einerseits und den oben gerügten unzureichenden Vorkehrungen andererseits sofort etwas abzuwehren, ein Teil der Züge des Nord- und Südrings wieder über die Stadtbahn geleitet werden, damit wenigstens alte und kranke Menschen nicht gequält werden, durch die Rücksichtslosigkeit der Bahnverwaltung sich vollkommen zurunde zu richten.

Bitte also, Herr Minister Defer, beim nächsten Schneesturm den Schwindsuchts-Bahnhof Strauß-Kummelsburg (Böttcher) einmal selbst „besichtigen“; jedoch, bitte, ohne Belg, da es immer noch einige Leute, besonders bei den Passagieren dritter Klasse, gibt, die so ein für den Winter dringendes Kleidungsstück nicht besitzen, sondern in recht fadenhäutiger Gerberei Wind und Wetter ausgesetzt sind. Der Herr Eisenbahnminister würde dann vielleicht „im Schwindsuchts-Bahnhof“ den mehr als beschreibenden Anforerungen des deutschen Reisepublikums entprechend ändern lassen. H. H.

Krähenflei bei der Treppenbeleuchtung.

Es verständlich es auch ist, daß die Mieter vieler Häuser bei der Treppenbeleuchtung zu sparen suchen und deshalb bereits um 7 Uhr abends die Hausüren verschlossen werden, so geht die radikale Ersparrung der Beleuchtung zu weit. In einer großen Anzahl von Mietkolonien zeigen die Hausüren ein Wackel mit der Kuffahrt, wonach bei einbrechender Dunkelheit geschlossen wird. Um nur auf eine Seite dieser Unzulänglichkeiten hinzuweisen, erwähnen wir die Klagen der im Dienste der Stadtgemeinde ehrenamtlich tätigen Mitglieder der Wohlfahrtskommission und der Bezirksvorsteher. In der Regel, und zwar gerade in den Fußbodenräumen, wo sich die gerügte Ueberleitung dieser Spar-

maßnahme am häufigsten bemerkbar macht, sind diese Ehrenbeamten auf die Ausübung einer Erwerbstätigkeit angewiesen. Wollen sie nach Beendigung ihrer Berufstätigkeit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit nachgehen dann kommen sie vor verschlossene Türen. Selbst wenn sie ihre Besuche auf den Sonntag vormittag verlegen wollten, ist auch diese Zeit nicht immer frei. Die Verzögerung ihrer Tätigkeit schädigt jedoch unter Umständen die Hilfsbedürftigen oder auch die Interessen der Stadtgemeinde. Selbst die wenigen Zeitungen, die noch gehalten werden, können abends in die verschlossenen Häuser nicht gebracht werden. Die gängliche Einstellung der Treppenbeleuchtung müßte verboten und angeordnet werden, daß vor 7 Uhr abends kein Haus mit mehr als sechs Mietern abgeschlossen werden darf und bis dahin auch die Treppenaufgänge zu beleuchten sind. Wer schon einmal in der Großstadt wohnt, muß sich auch den unumgänglichsten Anforderungen anbequemen, die das Großstadtleben mit sich bringt. Die Großstadtkultur, zu der nun einmal auch die Wohlfahrtspflege und einiges andere gehört, muß uns höher stehen als die monatliche Ersparnis von ein paar Gasroschen. C.

Die unzulängliche Straßenbahn.

Nachdem Sie kürzlich die täglichen Betriebsstörungen der Hoch- und Untergrundbahn einer eingehenden Kritik unterzogen haben, möchte ich nicht verfehlen Ihr Augenmerk auf eine Lastade zu richten, welche allmählich zu den haarsträubendsten Verhältnissen führt. Meine Beschwerde betrifft die Berliner Straßenbahn. Während früher z. B. durch die Prenzlauer Allee vier Straßenbahnlinien (59, 61, 72, 73) und durch die Weichenburger Straße zwei Linien (52, 55) verkehrten und den Verkehr mit der inneren Stadt vermittelten, ist nach der glorreichen Umwandlung der gesamte Verkehr dahin beschränkt worden, daß nur noch die einzige Linie 72 durch die Prenzlauer Allee bis zum Alexanderplatz fährt. Während also besonders am Morgen zur Zeit der Arbeitsaufnahme sechs Linien im Abstand von 2 bis 3 Minuten einander folgten und den überaus starken Andrang dieser fast reinen Arbeiterpendler kaum mit Mühe bewältigen konnten, soll heute eine einzige Linie, welche überhies nur alle 15-20 Minuten fährt, den Verkehr aufrechtzuerhalten. In den ersten Tagen nach der Umwandlung konnte man noch feststellen, daß wenigstens Einsparwagen und Anhänger benutzt wurden, aber auch diese Verbesserung ist den Weg des Verfalls gegangen, so daß seit Anfang dieser Woche nur im Bestenfall alle 15 Minuten ein einziger Motorwagen verkehrt. Welche Zustände sich an den einzelnen Haltestellen herausgestellt haben, habe ich nicht nötig Ihnen zu schildern. Jedenfalls wäre es dringend notwendig, daß Sie mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinarbeiten, daß freizell in dieser Beziehung eine Verbesserung des Verkehrs eintritt. Wer nicht die Bahn bereits auf der Endstation an der Prenzlauer Allee oder gar am Antonplatz in Weichenburger Straße hat, hat früh überhaupt keine Chancen, rechtzeitig zur Arbeit zu kommen. Selbst wenn er sich eine Stunde und mehr Einleerung läßt. Der größte Teil der Einwohner, die überhies mit Motorwagen fahren, sind arbeitslos, bis zum Alexanderplatz zu laufen und so irrend ohne andere in die Stadt führende Linie zu erwischen. Vielleicht ist es Ihnen möglich, darauf hinzuwirken, daß entweder eine der Linien, die früher durch die Weichenburger Straße fuhren, wieder dem Verkehr übergeben wird, oder daß zumindest für Sonne getragen wird, daß die Linie 72 sich in schnelleren Zeitabschnitten folgt. G.

Auch über den ganz unzureichenden Verkehr auf den anderen Linien liegen eine Reihe von Beschwerden vor. Sie können durchwachen in der Frühstunde, daß die Berliner Straßenbahn als wirkliches Verkehrsmittel in der Weißstadt nicht mehr ernstzunehmen ist. Auch wir können uns aus eigener Anschauung diesem Eindruck nicht verschließen. D. Red.

Radfahrer ohne Licht.

In den Morgen- und Abendstunden ist es ein gefährliches Unternehmen, Straßen und Plätze zu überqueren. Die Zahl der Radfahrer ist eine sehr große, und unter diesen sind es viele, die ohne Licht fahren, dabei kommen häufig Gefährdungen der Fuß-

gänger vor. Um diese zu vermeiden, muß recht dringend die Beleuchtung der Fahrräder verlangt werden. Die Unterlassung der Beleuchtung wird wohl wegen der Kosten gesehen. Das darf aber nicht zugebilligt werden. Andere Menschen müssen für ihren Verkehr die Kosten für Straßenbahn oder Stiefelsohlen aufbringen, daher muß von den Radfahrern die Beleuchtung der Fahrräder verlangt werden. Das muß möglich sein auch ohne polizeiliche Zwangsmahnahmen. R.

Dazu schreibt uns ein Radfahrer: Auf die Beleuchtung der Fahrräder haben die Schutzpolizisten ein besonders scharfes Auge. Während andere Fuhrwerke noch unbeleuchtet fahren, schreitet man gegen Radfahrer sofort bei eintretender Dunkelheit ein. Der Schreiber scheint aus eigener Unvorsichtigkeit gegen einen Radfahrer gefahren zu sein, darum schreibt er nach der Polizei. Radfahren in einer so verkehrsreichen Stadt wie Berlin erfordert vom Radfahrer die größte Umsicht und Aufmerksamkeit, und es ist in den allermeisten Fällen Schuld der Passanten, wenn sie durch einen Radfahrer zu Fall kommen. Der Radfahrer gerät selbst jedesmal dabei in die größte Gefahr und paßt deshalb schon genügend auf. F.

Nummern-Aufruf der Erwerbslosen.

Das Gedränge vor den Zahlstellen für Erwerbslose wächst von Woche zu Woche. Nach Abgabe der Zahlungsausweise herrscht ein Durcheinander, das die Kassensbeamten fären und nervös machen muß, so daß wiederholt Millionen zwiel ausgezahlt worden sind. Es ist dringend wünschenswert, die Zahlstellen freizuhalten, wenn gleichzeitig mehrere hundert Personen Stundenlang auf Zahlung warten. Zu diesem Zweck sollten Nummernkarten ausgegeben werden, die der Kassensbeamte aufruft und zugleich mit der Zahlung wieder an sich nimmt. Wird beispielsweise 57 aufgerufen, so weiß 193, daß es nutzlos ist, sich vor dem Schalter fernzubleiben. Wer noch lange nicht an der Reihe ist, soll vom Schalter fernbleiben. Eine derartige Ordnung, zu der auch die Erwerbslosen selbst beitragen müssen, erleichtert und beschleunigt die Abfertigung, was bei den sich zuwellen halbstündlich ändernden Preisen im Interesse jedes Zukunftslosen an den Schalter herantreten dürfen, wie das beispielsweise in der Nähe des Reichstagesgebäudes immer nur der weise auch beim Postschekamt eingeführt ist.

Schulschach.

Vor über vierzig Jahren schlossen sich eine runde Mandel Schüler verschiedener Berliner Lehranstalten zu einem Schachklub zusammen. Sie trafen sich allwöchentlich einmal in der Wohnung der Eltern eines von ihnen, niemals in einer Kneipe, und spielten gemeinsam drei bis vier Stunden Schach. Die Eltern waren über die geistige Regsamkeit der Söhne sehr erfreut und zogen häufiger nach dem Spiel die jungen Leute zu ersten Gesprächen in den Familienkreis. Da erfuhr von der harmlosen Sache ein Direktor. Nach den damaligen sehr strengen und am Grund von vorbeistehenden Schulgrundlagen wurde dem rein geistigen Vergnügen ein schnelles und ruhmloses Ende bereitet. Es war ja eine nicht amtlich abgestempelte Schülervereingung gewesen. Der Schulbureaukratismus siegte über das Geistige. Heute weht ein anderer Wind. Zu hunderterten bestehen Schülerportvereingungen, allerdings unter Leitung von Lehrern. Kann da nicht auch der geistige Sport noch mehr organisiert und das Schachspiel in die Schulen, auch in die Oberklassen der Volksschulen, hineingetragen werden? Wie im humanistischen Gymnasium die lateinische Sprache, so ist auch Schach ein gutes Sprungbrett zum logischen Denken, ein vorzügliches Mittel zum geistigen Training. Fast immer ragen Schachspieler auch im praktischen Leben durch kluge Berechnungen und großzügiges, zielbewusstes Handeln hervor. Was sie beim Schachspiel durchdenken, überträgt sich wie von selbst auf ihre ganze Tätigkeit. Diese unbeschreibbare Tatsache sollte genügen, der Verpflanzung des Schachs auf die Schule näherzutreten. Dieser veranlagte Schüler werden zweifelsohne freudig die Anregung aufgreifen, wenn man auch den geistesportlichen Ehrgeiz weckt durch Turnierspiele von Schule zu Schule, und oberflächlichere Naturen werden mitgerissen. Der Einwand, es müsse der Zeit nach der Schulentlassung vorbehalten bleiben, sich mit dem Schachspiel zu bescheiden, ist gerade das Gegenteil. Die Schule muß den Grundstock legen, um das einmal Lebemannene in das fernere Leben hinüberzuleiten.

Augen. Er war ganz wirt von einem Traum, den er gehabt hatte. Da fielen seine Blicke auf Per, der heute nacht an ihm vorbeigefegelt war und ihn auf dem Kiel hatte sitzen lassen. Und einen kurzen Augenblick sahen die beiden Bootsführer sich an.

„Du seufzte Kristaver und strich sich über die Stirn. „Bist du auch da,“ sagte er in alltäglichem Ton.

„Es dauerte eine Weile, bis Per antwortete. „Ja, und du — bist auch wieder da, sehe ich.“

„Wir kamen schon vor einer Weile,“ sagte Kristaver und rieb sich die Augen.

Per mühte sich, etwas Trockenes auf den Leib zu bekommen. Er wagte nicht zu fragen, auf welche Weise die anderen gerettet worden waren.

Aber da auf einmal schwang Kristaver die Beine von der Britische, taftete nach den Pantoffeln und hinkte zum Ofen hinüber, riß eine Friesweste vom Haken und zerrte eine dicke Brieftasche heraus.

„Du sollst sehen, daß das Geld hin ist,“ sagte er.

„Das Geld?“

„Ja, das wird wohl nur noch Grütze sein, denke ich.“

Alle griffen unwillkürlich nach der Brusttasche. Eine Ledertasche mit einem guten Bindfaden zusammengeschnürt, hält innen unglaublich trocken, aber etwas anderes war es ja mit den Männern von der „Robbe“, die heute nacht im Wasser gelegen hatten.

Kristaver ging an den Tisch und zündete die Lampe an. Es war Sitte, daß der Bootsführer so eine Ledertasche an einer Schnur um den Hals trug. Darin verwahrte er den Verdienst des ganzen Bootes, bis der Gang beendet war. Dann erst bekam jeder von der Besatzung seinen Anteil. Diesmal waren es Tausende von Kronen, und jetzt waren sie vielleicht vernichtet.

Als er die tiefend nasse Tasche aufschmürte, trat ihm der Schweiß auf die Stirn und die Finger zitterten. Die anderen starrten zu ihm hinüber, merkten aber, daß es am besten sei, nicht mit ihm zu sprechen.

Die Tasche war auch innen schwarz von Rasse. Und da sind die Geldscheine. Rot und blau waren sie gewesen, jetzt sind sie ein Teig von zusammengestobtem Papier.

„Hm!“ liehen sich die anderen vernehmen.

Ein Bootsführer zeigt nicht gern seine Brieftasche. Zwei Mannschaften in der gleichen Hütte wissen nicht so genau, was der andere Teil verdient hat. Jetzt runzelte Kristaver die Stirn, weil die anderen ihn anstarrten.

„Versuche sie erst zu trocknen,“ rief Per Suzansa.

(Fortsetzung folgt.)

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofolischer.

Roman von Johan Bojer.

63] Doch der Wind sprang nach Norden um, und sie fuhren an der Küste entlang. Sie hörten das Tosen der Brandung am Ufer, dann und wann fiel ein gelbes Licht durch die Wolkenrisse und zeigte ihnen schneebedeckte Berge. Sie segelten südwärts, südwärts, und dann und wann sahen sie den weißen Gisch der Brandung an den Klippen.

Aber jetzt staute der Wind so weit ab, daß Jakob beschloß, dorthin zu segeln, wohin es ihm selber paßte.

Keine Rede davon, an Land zu gehen, das Segel wurde gehißt, und nun steuerte er in schwarzer Nacht auf gut Glück wieder über den Westfjord, zurück nach dem Lofot.

Die vier aus dem gekenterten Boot lagen halb bewußtlos im Schiffsraum am Mast, aber es mühten doch fünf sein, nun danach konnte er ja fragen, wenn Zeit dazu war.

Es war wohl etwas kalt für sie, jetzt dazuliegen und von den Seen bespritzt zu werden, aber sie konnten sich ja ein andermal wieder erwärmen.

31.

Das geschieht Jahr für Jahr hier im Norden, und hinterher sprechen die Männer ein oder zwei Tage darüber, und dann fahren sie wieder auf das alte Meer hinaus und bekommen wieder zu fischen wie vorher.

Im Kramla'en drängten sich die Leute. Sie schwachten und erzählten. Einige waren schon auf dem Wege zum Lande gewesen, als das Unwetter losbrach, und konnten sich retten, andere hatte der Rettungskutter mitgenommen, aber manche waren auch soeben erst zurückgekommen, nachdem sie die ganze Nacht vom Sturm umhergetrieben worden waren.

Ein blonder kleiner Bursch in gelbem Südwester schwachte lauter als alle die anderen, und die Leute sahen ihn mit staunen'en Augen an. Er war durch einen reinen Zufall getern an Land geblieben, aber das Boot, zu dem er gehörte, war ausgefahren, keiner war gerettet, und da sah man, daß es so bestimmt war, — er sollte an diesem Tage nicht dabei sein. — Gott ist wunderbar.

Es ist heute wieder windstill, aber kalt, und die Leute stehen auf den Klippen und starren auf das Meer hinaus nach Booten, die noch nicht hereingekommen sind. Der Luftschiffchef hat Dampfer ausgeschickt, um nach gekenterten Schiffen zu suchen. Eine Menge Boote von meilenweit entfernten

Fischerplätzen sind heute nacht hierher verschlagen, jetzt hissen sie die Segel und fahren bei gutem Wetter wieder nach Hause.

Im Laufe des Tages aber trifft ein Dampfer mitten auf dem Westfjord ein wunderliches Boot. Es ist ein Nordland-Achter, und er hat das Segel gereißt, jetzt bei der Windstille. Der Dampfer legt an und es zeigt sich, daß der Führer am Steuer halbtot ist, die anderen drei sitzen auf der Ruderbank und halten sich fest, sie sind erschoren. Der ewige Gisch der Wellen ist in Haar und Bart und auf den Deckrücken zu Eis gefroren, und sie starren mit offenen, verglasten Augen vor sich hin.

Während der Sturmnacht aber hatte Per Suzansa sich nach Hammaröy hineingerettet.

Und schwer war es für ihn heute, über den Westfjord zurückzufahren. Er wußte nicht, wieviele Bekannte in dieser Nacht umgekommen sein mochten, und an Kristaver Agran und seine Leute vermochte er gar nicht zu denken.

Bei Dämmerung erreichte er den Fischerplatz, der mit brennenden Hasenfischern dalag. Und da ist die bekannte Hütte, ihr Heim auf dem Lofot, — jetzt werden sie viel Platz darin haben. Als Per von der Jolle die glatte Landungstreppe hinaufstapfte, sah er Leute in der Nähe, wagte aber nicht zu fragen. Jedes neue Boot, das hereinkommt, ist ja heute ein Ereignis, deshalb wurde auch er von Neugierigen umringt. Er antwortete keinem, sondern ging geradeswegs ins Haus.

In der Tür blieb er stehen. Sah er Gesichte? Auf den Britischen lagen Männer und schliefen.

Er sperrte den Mund auf. Er wendete sich zu den anderen um. „Aber in Jesu Namen!“ sagte er nur.

Triefende Kleider hingen am Ofen, und auf dem Fußboden lagen Wasserstiefel, die förmlich in Rasse schwammen.

Die Männer traten ein. Sie blieben stehen und starrten die Schlafenden an. Sie wären selber um ein Haar fast umgekommen, sie waren durchnäßt und überanstrengt, aber das alles wurde bedeutungslos neben der Tatsache, daß diese Leute von der „Robbe“ dort auf den Britischen lagen und schliefen.

Sie zählten nicht, wie viele es waren. Aber endlich befaß Per einen von seinen Leuten, sich rasch umzuwickeln und Offen zu machen. Es war nicht so ganz sicher, daß die Männer, die da auf den Britischen lagen, eine Stärkung zu sich genommen hatten.

Aber als sie nun die Sachen auszogen und das Wasser aus den Stiefeln auf den Fußboden gossen, da erwachte Kristaver, er stützte sich auf die Ellbogen und rieb sich die

Um den Stadtverordnetenvorsteher.

Aus Rathauskreisen wird uns bestätigt, daß die angelegte Absicht der nichtsozialistischen Parteien, den gegenwärtigen Stadtverordnetenvorsteher Dr. Caspari am nächsten Donnerstag wiederzuwählen, durchaus noch nicht feststeht. Sehr lebhaft Opposition gegen die Wiederwahl Dr. Casparis erhebt sich z. B. auch in der deutschnationalen Fraktion. Ein Teil der Fraktion ist der Ansicht, daß Dr. Caspari in seiner Geschäftsführung angeblich viel zu sehr auf die linke Rücksicht genommen habe. Es soll die Absicht bestehen, entweder den deutschnationalen Stadtverordneten Prof. Dr. von der Borgh zum Stadtverordnetenvorsteher vorzuschlagen oder aber die Zustimmung zur Wahl Dr. Casparis von Bedingungen abhängig zu machen, die die Deutsche Volkspartei schwerlich würde erfüllen können. Jedenfalls haben die Deutschnationalen zur Verzögerung dieser Frage eigens eine Fraktions-sitzung in diesen Tagen angelegt. Man kann also mit Recht behaupten, daß der Ausgang der Stadtverordnetenvorwahl in diesem Jahre zunächst noch vollkommen ungewiß bleibt.

Frostwetter und Preisgestaltung.

Seit den Weihnachtsfeiertagen ist bekanntlich auf dem Berliner Lebensmittelmarkt eine Preissteigerung eingetreten, die sich bis jetzt mit geringen Schwankungen erhalten hat. Im neuen Jahre dürfte sich diese Herabsetzung der Preise für Fleisch, Geflügel, Rindfleisch, Speck, Fette usw. allerdings nicht durchsetzen können, da die zuständigen Behörden alle Vorbereitungen getroffen haben, um die zum Teil ganz unberechtigten Preisfestsetzungen zu torriegeln.

Wie wir hören, ist eine vorübergehende Teuerung für Gemüse, Kohl und Kartoffeln sowie für lebende Fische nicht unerwünscht, da das starke Frostwetter ein Deffnen der Wägen verhindert und da der Transport empfindlicher Ware und lebender Fische erhöhte Vorsichtsmaßnahmen und damit auch erhöhte Unkosten notwendig macht. Dagegen ist die Preissteigerung für andere Waren zum allergrößten Teil ungerechtfertigt, und das Bundespolizeiamt in Verbindung mit der Wucherpolizei hat die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet, um den Handel zu veranlassen, Preisfestsetzungen vorzunehmen, die den gegebenen Verhältnissen entsprechen. Besonders die Herabsetzung der Kohlenpreise, die für die Produzenten eine Vorbilligung ihrer Unkosten bedeutet, soll in kürzester Zeit im Kleinhandelspreis zum Ausdruck kommen. Auch der Abbau der Wägen, der in den letzten Wochen an vielen Stellen eingetreten ist, muß bei der Kalkulation berücksichtigt werden. Insbesondere hat sich der Druck der Behörden auf dem Fleischmarkt bereits wohlthätig bemerkbar gemacht. Die Preise für Fleischwaren aller Art sind gestern zurückgegangen und man erwartet, daß der nächste Viehmarkt einen weiteren Abschlag bringen wird. Wucherpolizei und Preisprüfungsstelle haben übrigens gestern in gemeinsamen Verhandlungen mit den Vertretern des Nahrungsmittelgroßhandels die Kuffschläge erneut herabgesetzt. Es wurden u. a. folgende Sätze beschlossen: Für Mühlenfabrikate 14 statt 19 Proz., für Mehl und Zucker 12 statt 19 Proz., für ausländische Hülsenfrüchte 16 statt 22 Proz., für Gewürze 25 statt 33 1/2 Proz., für Kaffee, Tee und Kakao 25 statt 30 Proz., für Butter 13 statt 16 Proz., für Margarine 13 statt 16 Proz., für Käse 10 statt 16 Proz., für Originalschmalz 12 statt 17 Proz., für Speck 18 statt 25 Proz., für Corned-Beef 14 statt 21 Proz.

Tante Steinmaus und die „Hamburger Peppi“.

Vorgänge in einem Kuppelquartier.

Das berühmte Kuppelquartier der Pension Steinmaus in der Seidelstraße beschäftigte gestern von neuem in der Berufungsverhandlung die 3. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Warfamer. Angeklagt wegen gemeinschaftlichen Diebstahls waren die jetzt 21jährige Johanna Hallwachs und Frau Ida Steinmaus. Der Fall hat bereits im Sommer das Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigt und erhebliches Aufsehen erregt, da das Treiben gewisser Kuppelquartiere aus Tageslicht gefördert wurde.

Johanna Hallwachs ist ein junges, sehr hübsches Mädchen und stammt nach ihren Angaben aus Hamburg; ihr Vater soll Oberzolsehrer sein. Im Februar 1922 ist sie aus dem Elternhause entwichen, weil sie nicht einen ihr von den Eltern zugedachten sehr reichen, aber ältlichen Amerikaner heiraten wollte und weil sie den Drang zum Flirt hatte. So kam sie nach Berlin mit 700 M. in der Tasche. Zunächst wohnte sie in einem Hotel am Spittelmarkt, mußte dort aber nach einer Woche ausziehen. Der Portier empfahl ihr die Pension Steinmaus, Seidelstraße 7, und eine gefällige Frau brachte sie dorthin. Hier wurde das gut aussehende junge Mädchen mit offener Armen aufgenommen; was sich dann in der Pension abspielte, bildete den Gegenstand der gegenwärtigen Anklage. Bei einem Schöffervorhören in der Pension wurde ein Schweizer Juwelier St. ausgehändert. Die Anklage wurde daraufhin gegen beide Frauen erhoben, und das Schöffengericht hatte die Hallwachs zu zehn Monaten Gefängnis, Frau Steinmaus, die wegen Diebstahls und Kuppelerei schon ein erhebliches Strafregister aufzuweisen hatte, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Wegen des Urteils hatte Rechtsanwalt Dr. Mor Kantorowicz und Dr. Aramm Berufung eingelegt. Ueber die Vorgänge in der Pension Steinmaus machte Johanna Hallwachs folgende Angaben: Da ich ohne Geld war, vertraute ich mich der Steinmaus

an. Sie sagte mir, ich sollte mir nur keine Sorgen machen. Ich mußte die Zimmer aufräumen, da alle Augenblicke die Mädchen kamen und gingen. Die Trinkgeber gab ich ihr. Ich mußte sie Tanke nennen. Zum Beweise ihrer Zuneigung gab sie mir aus ihrem reichen Vorrat Kleider und Wäsche. Abends gingen wir in ein Weinhaus in der Friedrichstraße, wo sie Essen und Sekt bestellte. Wenn es ihr dann gelungen war, einige Herren zu angeln, zog man in die Pension. Dort nötigte Tante Steinmaus mich bei Gelagen, immer mit zahlungsfähigen Herren ins Nebenzimmer zu gehen und mich gefälligst zu erweisen. Als ich dieses Leben nicht mehr aushalten konnte, ließ ich eines Tages weg. Aber schon am nächsten Tage klopfte es in meinem Hotel an der Tür und Frau Steinmaus erschien mit einem ihr befreundeten Kriminalbeamten. Die beiden sagten, ich besäße mindestens zwei Jahre Zuchthaus, weil ich die Sachen untergeschlagen hätte. Auf den Knien bot ich, mich nicht anzugehen. Frau Steinmaus nahm mich wieder nach Hause mit. Bald darauf lernte ich in Alt-Bopern den Juwelier St. kennen, der im Laufe des Gesprächs ein wertvolles Brillantenarmband vorzeigte. Ich nahm St. in die Pension mit, wo er eine Flasche Malaga bestellte, und sagte ihm nun, er müsse das schöne Armband auch einmal der Tante zeigen. Als Frau Steinmaus es sah, leuchteten ihre Augen und sie sagte: „Kinder, Ihr müßt noch einen Likör trinken.“ Ich sah, daß sie aus einer kleinen Flasche etwas in das Glas des Gastes tröpfelte. Dieser wurde nach einigen Minuten schläfrig. Hierauf schickte sie mich nach der Küche zum Essen, kam kurz darauf auch selbst nach und hatte in ihrer Schürze das Armband, eine Brosche, Ringe und Goldstücke. Die Angeklagte Steinmaus befruchtigte diese Darstellung, sie will weder St. etwas eingesehen haben, noch den Diebstahl verübt haben. Im Gegenteil behauptet sie, daß die Hallwachs, die unter den Sittendamen den Namen „Hamburger Peppi“ führt, mit den Schmuckstücken, die sie dem Juwelier im Schlaf abgenommen hatte, zu ihr in die Küche gekommen sei. Das Gericht war jedoch der Meinung, daß beide Angeklagte an dem Diebstahl beteiligt waren. Die verurteilten Strafen seien durchaus angebracht, und das Gericht verworf daher die Berufung beider Angeklagten. Frau Steinmaus erhielt aber sechs Monate und drei Wochen auf die Untersuchungs-haft angerechnet.

Salb Mann halb Weib.

Ein interessanter Fall beschäftigte gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte. In Männerkleidern wurde aus der Untersuchungs-haft die Dentistin und Pflegerin Dora Hiele vorgeführt, um sich wegen Unterschlagung und Diebstahl zu verantworten. Die Angeklagte zeigte in ihrer äußeren Erscheinung sowohl die Körper- und Gesichtsbildung eines Mannes als auch einer Frau, denn es handelte sich nach den Feststellungen von Med.-Rat Dr. Thiele um einen Zwitler. Als die Angeklagte festgenommen wurde, war sie in Männerkleidung, aber die Untersuchung ließ sie im Gefängnis als Frau erscheinen, so daß man sie in der Frauenabteilung unterbrachte. Auf Grund eines Gutachtens von San.-Rat Dr. Magnus Hirschfeld wurde ihr aber gestattet, Männerkleidung wieder anzulegen. So erschien sie auch vor Gericht in Rock, Hohe, Krage und gefächelter Haar. Die Hm. der Angeklagten war als Pflegerin in den Irrenanstalten in Buch und Dalldorf beschäftigt gewesen. Hier hatte sie den Irren die Gebisse aus dem Munde genommen und die Goldteile entfernt. Ebenso hatte sie Bekannten Goldschaden, die sie reparieren lassen wollte, abgeschwindelt. Den Erbs hat sie für ihre tollkühnen Frauenfreundschaften verwendet. Wegen Vergehen der gleichen Art ist sie bereits verurteilt. Gerichtspräsident Med.-Rat Dr. Thiele bezeichnete ihre unglückliche Körperkonstitution als den physischen Schlüssel für ihre kriminellen Handlungen. Aus dem Elternhause sei sie, da man kein Verständnis für ihre Veranlassung hatte, verstoßen worden. Das Geld habe sie für ihre weiblichen Reigungen verbraucht. Jeder Geschlechtsakt prägte sich auch physisch aus. Ihr körperliches Verden bedingte geistige Minderwertigkeit und abnorme Willensschwäche. Das Zwitlerium hat einen großen Einfluß auf die Selbstverleugung. Es handelt sich um ein absolut krankhaftes Wesen. Während der Amtsamtszeit 4 1/2 Monate Gefängnis beantragte, hat Dr. Volpertstein mit Rücksicht auf das Gutachten von Dr. Thiele um eine mildere Beurteilung. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis.

Geringe Ermäßigung der Weisheitspreise.

Die Weisheitspreise werden mit Wirkung vom 4. d. M. um fünf Pfennige je Zentner ermäßigt. Sie betragen für Rüben- und Dickenbrand bei Selbstabholung 1,68, bei Abwerfen auf den Hof 1,77 und bei Lieferung frei Erdgehoß oder Keller 1,70 M. Die Ermäßigung hält sich nur in engen Grenzen, da das Braunkohlenpreisdikt die Preise für Berlin nur um 5 Proz. herabgesetzt hat und andererseits die Krachten, durch welche der Preis für Weisheits frei Berlin mit 60 Proz. belastet wird, eine Senkung nicht erlauben haben. Die Kohlepreise für Rüben- und Dickenbrand sind bei einer Ermäßigung von etwa 8 Proz. auf 2,01 bei Selbstabholung vom Lager und auf 3,04 M. bei Lieferung frei Erdgehoß oder Keller festgesetzt worden.

Zu der Tragödie in der Remerer Straße wird mitgeteilt, daß der Droßigt August Warnke von Kriminalkommissar Quos eingehend verhört und dann wegen Totschlags dem Untersuchungsrichter vorgeführt wird. Warnke betrieb in dem Hause, in dem die Familie wohnt, ein Drogengeschäft für seinen Vater. Dieser glaubte, daß er es nicht ordentlich führe und hatte deshalb wiederholt Zwist mit seinem Sohne. Schon vor Neujahr verlangte er von ihm eine Inventur. Der Sohn wich aber immer wieder aus. Als er nun vorgestern abend von einem Bummel heimkehrte, gab es wieder eine Auseinandersetzung. Der alte Mann, der sehr nervös war, schlug

in der Aufregung mit einem Stock auf seinen Sohn ein und brachte ihm mehrere Verletzungen bei. Darüber erbost, ergriff der Sohn ein Küchenmesser und erschlug den Vater. Die Leiche wurde mit ihrer Umgebung vom Erkennungsdienst photographiert und nach dem Schauhause gebracht.

Kein Leprosfall in Berlin. Vor einigen Wochen wurde die 66 Jahre alte Näherin Hedwig Hermann nach der Charité geschafft, weil sie nach dem Urteil eines Arztes einer Granulation am Lepra erkrankt sei. Die klinische Beobachtung hat jetzt ergeben, daß zweifelsohne ein Fall von Lepros-Erkrankung nicht vorliegt.

Die währärztliche Versorgung der Rassenmitleber wird durch den am 1. Dezember eingetretenen vertiglosen Zustand städtischen Ärzten und Krankenkassen vorläufig nicht betroffen. Die Krankenkassenmitleber können infolgedessen sich wie bisher ohne Parzablung zahnärztlich behandeln lassen.

Die Zentralküche der städtischen Volksspeisung in der Treseowstraße, in der täglich für circa 30 000 Menschen das Mittagessen hergestellt wird, muß, um den täglich wachsenden Anforderungen zu genügen, erweitert werden. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, die Speisung, die für circa 1000 Personen dort stattfindet, zu verlegen. Der große Saal der Bölow-Brauerei Preylauer Berg wird für diese Zwecke am Montag, den 7. Januar, eröffnet. Am gleichen Tage wird eine weitere Volksspeisungsstelle im Tagesrestaurant des Lehrervereinshauses, Alexanderstraße 41, eröffnet. Hiermit ist einem dringenden Bedürfnis nach einer großen Volksspeisung in dieser Gegend Rechnung getragen.

Feuer in einem Geschäftshause. Am Donnerstag nachmittag kam im Zentrum in Alt-Berlin, Spandauer Straße 78, an der Heibertergasse Feuer aus, das bei Ankunft derzüge 4 und 17 schon eine solche Ausdehnung erlangt hatte, daß sofort mit mehreren Schlauchleitungen vom Motorspritzen vorgegangen werden mußte. Es brannten dort die Bodenräume des großen Geschäftshauses mit der Dachkonstruktion. Der Dachstuhl stand bald an mehreren Stellen in Flammen, so daß nicht unerheblicher Schaden entstanden ist, der leider nur zum Teil verhehrt sein soll. Erst nach mehrstündiger Tätigkeit konnte die Wehr wieder abrüden.

Bei lebendigem Leibe begraben.

Seit dem 10. Dezember 1923 wurde in Rheine der fünfzehnjährige Lehrling Berthold Fall vermisst. Dehl endlich ist es den Nachforschungen der Kriminalpolizei gelungen, Licht in die dunkle Affäre zu bringen, die sich als eine entsetzliche Mordtat herausstellte. Ein sechszehnjähriger Schlosserlehrling Deiters und ein achtzehnjähriger Krause aus Rheine haben den jungen Föll in einem Garten getötet, überfallen und hablos geschlagen. Dann steckten sie den Schwerverletzten in ein vorher ausgehobenes Erdloch und begruben ihn bei lebendigem Leibe, so daß Fall erstirbt. Nach einigen Tagen ging Krause an das Grab, um dem Getöteten ein Stück des linken Fußes abzuhaben. Dieses Reliquiar brachten die Verbrecher den Eltern Falls zu Gesicht, um Erpressungen auszuüben. Sie forderten eine große Summe Geldes und drohten, im Weigerungsfalle mit dem jungen Föll ebenso zu verfahren, wie es der abgezeichnete Fuß erkennen ließ, während in Wahrheit der junge Föll längst gebüet wor. Die Verbrecher zeigten bei ihrer Vernehmung keine Spur von Reue.

Ein Stück von Digmaiden. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus Toulon ist am Mittwochabend ein Hundstuch der Geoprefektur von Digmaiden aufgenommen worden, demzufolge am Mittwoch im Meere ein Digmaiden angetrieben wurde, auf dem mit Bleistift mehrere Sätze aufgeschrieben waren. Der Tonk dürfte von der verloren gegangenen Digmaiden herühren. Der Digmaidenhatter gibt diese Nachricht mit allem Vorbehalt wieder. Nach einer Meldung aus Tunis bestätigt die Admiralität diese Nachricht.

Das Wetter im Reich. In Köln ist auf das Frostwetter, das über Neujahr angehalten hatte, in der letzten Nacht Lauwetter eingetreten, das auf den Straßen starke Glätte verursacht hat. Die durch den Frost und den starken Schneefall hervorgerufenen Störungen auf den Telegraphen- und Fernsprechlinien sind wieder behoben. Während in Oberfeld in den Abendstunden des Mittwoch ziemlich mildes Wetter herrschte und später Lauwetter eintrat, ist im Laufe der Nacht wieder starker Frost eingetreten, so daß sich in der frühen Morgenstunden starkes Glatteis gebildet hatte. Wegen Schneeverwehungen ist nach Mitteilungen der Reichsbahndirektion der gesamte Zugverkehr auf folgenden Strecken eingestellt worden: Reilich-Hannau-Goldberg, Schneidmühl-Koberwitz, Heiderdorf-Sirebren, Reife-Grottkau, Grottkau-Sirebren, Großgraben-Neumittelwalde.

Aus der Partei.

Eine Funktionärskonferenz für Plauen nahm mit 105 gegen 50 Stimmen eine Resolution an, die sich scharf gegen den Artikel des Genossen Dittmann in der Weihnachtsnummer des „Vorwärts“ ausspricht. Als Kandidaten zum Reichstag wurden die Genossen Braupe und Paul Levi gewählt, letzterer sagte über den Genossen Dittmann mit 110 gegen 100 Stimmen. Bei der Auffstellung der Kandidaten wurden die bisherigen Kandidaten, die Genossen Schurig und Schnitz, durch die Genossen Fritsch und Harbisch ersetzt. Die Abstimmung ergab hier 112 gegen 111 Stimmen.

Wertbeständige

Preussische Staats-Lotterie

100 000 Lose — 8000 Gewinne zusammen

Unwiderruflich

18. u. 19. Januar

Ziehung

Im Dienstgebäude der Preuß. General-Lotterie-Direktion

Ganze Lose 42. — Rentenmark

Halbe Lose 21. — Rentenmark

Pfünftel Lose 8.40 Rentenmark

Zehntel Lose 4.20 Rentenmark

Zehn Zehntel Lose sortiert aus verschied. Tausenden

Porto besonders

450 000 Dollar

Gold-Anleihe = 1890 000 Rentenmark

1 mal 50 000 Dollar = 210 000 Rentenmark

1 mal 30 000 Dollar = 126 000 Rentenmark

1 mal 20 000 Dollar = 84 000 Rentenmark

2 mal 10 000 Dollar = 84 000 Rentenmark

5 mal 5 000 Dollar = 105 000 Rentenmark

Preussische General-Lotterie-Direktion Berlin W 8, Markgrafenstr. 39

Lose zu haben bei allen staatlichen Lotterie-Einnehmern

Natur-Eisbahn „Rummelsburger See“

Schönste u. größte Eisbahn Berlins

Täglich Konzert

Eintritt: Erwachsene: Wochentags 25 Pf.

Sonntags 50

Kinder: Wochentags vorm. freil.

nachm. 10 Pf. — Sonntags 25 Pf.

Sonntag: Großes Brillant-Feuerwerk

Falken-Sieg

zu Weihnachten!

Einmal legt es dem andern!

Falken-Sieger sind die besten!

Gerson Wechselmann, Großhandlung.

Berlin W., Linkstr. 20.

Alexanderplatz 2, 1

Dessen, Zigaretten,

Zigaretten u. Tabake.

Wohnungsaustausch

in u. nach Berlin

sowie von Berlin

nach auswärts

am schnellsten durch eine Anzeige im

Groß-Berliner Wohnungsanzeiger

als einzige Spezialzeitung für möblierte

Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen

Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden

Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht

Verband mit d. „Gr-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der

Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe

Bei allen Zeitungshändlern und Kiosken zu haben. Verlag und Hauptanzeigerannahme: Zeitungszentrale (ZZ) Aktiengesellschaft, Jerusalemstr. 3/6, Fernsprecher: Dönhoff 3310-3312

Wirtschaft

Handel und Gewerbe im Dezember 1923.

Ueber die Wirtschaftslage im Dezember des abgelaufenen Jahres berichten die preussischen Handelskammern an das Handelsministerium zuverlässiger als in den vergangenen Monaten. Die Wirtschaftslage läßt nach diesen Meldungen gegenüber dem vollkommenen Tiefstand des Vormonats eine leichte Besserung erkennen. Die Stabilisierung des Marktes, die Herausgabe genügender Mengen wertbeständiger Zahlungsmittel und der fast überall vollzogene Übergang zur Goldmarkrechnung haben eine gewisse Kostulution erzwingen (?) und damit in das ganze Geschäftsleben wieder größere Solidität und Ordnung gebracht und auch dem Lohnwesen seine unruhige Gestaltung genommen. Vermehrte Arbeitsleistung auf fast allen Gebieten hat zur Senkung der Preise beigetragen, so daß auch das Auslands-Geschäft sich etwas bessern konnte. In der Landwirtschaft ist die Ernte nach Abführung von Getreide und Schlachtvieh überaus mäßig, was neben der Goldmarkrechnung dem auf der Landwirtschaft lastenden Steuerdruck zuzuschreiben ist, der zu weitgehenden Verkäufen zwang. Nach im besterhaltenen Gebiet ist ein langsamer Rückgang der ungeheuren Arbeitslosigkeit festzustellen; doch sieht es nach dahin, ob die Ricum-Verträge mit ihren außerordentlichen Lasten eine volle Angangbringung der Wirtschaft ermöglichen werden. Ueberall zeigt sich die Abhängigkeit der Privatwirtschaft von dem Staatsganzen. Selbst es, die Einnahmen der öffentlichen Hand so zu steigern und ihre Ausgaben so zu vermindern, daß die Staats, insbesondere der Reichsetat, balanciert werden kann, so besteht Hoffnung, über die schwerste Krise die unser Vaterland seit dem Winter 1918/19 durchmacht, hinwegzukommen.

Ueber die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet wird u. a. berichtet: Die Fachen konnten auch alsbald mit der Förderung beginnen und die Kohlerzeugung sowie den Versand an Kohlen und Koks aufnehmen. Die Hüttenwerke mußten dagegen zunächst sogenannte Puffformulare drucken lassen, die zur Zollkontrolle den Frachtwagen beizufügen sind.

Auf den Dampferwerken sind die ersten Hochöfen am 19. Dezember angeblasen worden und haben inzwischen die ersten Chargen geliefert. Die weiterverarbeitenden Betriebe können erst nach und nach in Gang kommen, da sie von den Hochöfenanlagen als Kraftquelle vielfach abhängig sind und diese nur allmählich in geregelter Arbeit kommen. Der Versand der Werke erstreckt sich zurzeit naturgemäß auf die vorhandenen Vorräte. Er begegnet den größten Schwierigkeiten. Nachdem die auf den Werken vorhandenen letzten Wagen beladen die Werke verlassen haben, hat sich ein empfindlicher Mangel an Wagen, namentlich an Achträbern und sonstigen Spezialwagen, eingestellt. Trotz aller möglichen dringenden Vorstellungen bei der Regie in Essen hat eine bessere Wagenverteilung nicht herbeigeführt werden können, so daß man schon jetzt von einem Stöcken des Versandes sprechen kann. Sodann begegnet man bei den Zollübergangsstationen Schwierigkeiten. Die Zollstation Scharnhorst verlangt z. B., daß die Wagen in der Reihenfolge dort eintraffen, in der die sie begleitenden Puffformulare nummeriert sind. Diese Forderung zu erfüllen, ist für jedes Werk im Hinblick auf das notwendige Auseinanderhängen der Güter auf ihren Uebergangsbahnhöfen ein Ding der Unmöglichkeit. Auch ist es vorgekommen, daß die Puffformulare bei Ankunft der Wagen auf der Zollstation bei den Begeleitern fehlten. Sehr störend für die Werke ist ferner das Bestehen der vielen Zollstationen.

Die Formalitäten sind für das Wertigungswesen der Werke außerordentlich hinderlich. Von deutscher Seite gemachte Vorschläge auf Erleichterung und Vereinfachung der Zollabfertigung sind bislang erfolglos geblieben. In den zuständigen Kreisen ist man der Ueberzeugung, daß wenn nicht Erleichterungen in dem Fracht- und Zollabfertigungswesen von der Regie und der Regie geschaffen werden, die Anschlussbahnhöfe und Zollstationen verstopft sein werden, sobald der Versand der Werke in einigermaßen größerem Umfange einsetzt.

Wie kann die Brotversorgung verbilligt werden?

Genosse Stadtrat Schünung sendet uns dazu folgende bemerkenswerten Ausführungen:

Man kann sicher ohne Uebertreibung die Behauptung aufstellen, daß die Brotversorgung Berlins in jeder Beziehung sehr viel zu wünschen übrig läßt. Die hier obwaltende rückständige Produktionsmethode belastet die Bevölkerung nicht nur finanziell, sondern zwingt sie auch vielfach ein Hauptnahrungsmittel ein minderwertiges Brot zu konsumieren.

Der Berliner Magistrat hat einer Einladung des österreichischen Gesandten folgend, eine Delegation nach Wien geschickt, um die Brotversorgung Wiens an Ort und Stelle kennen zu lernen. Das Resultat ist kurz folgendes:

Wien mit seinen 1,8 Millionen Einwohnern wird zu 90 Proz. mit Brot versorgt, das in Großbetrieben hergestellt wird.

Eine einzige Fabrik (Mendel) beschäftigt rund 2700 Arbeiter und Angestellte und beliefert zirka 45 Proz. der Wiener Bevölkerung. Die Hammerbrotmehl-Fabrik, welche dem dortigen Konsumverein nahesteht, beschäftigt rund 1700 Personen und beliefert zirka 25 Proz. der Wiener Bevölkerung, dazu kommen eine Reihe kleinerer Fabriken.

In Wien gibt es zurzeit 632 Kleinbetriebe, die zum Teil jedoch nur das Beißbleingebäck herstellen.

In Berlin besteht nahezu das umgekehrte Verhältnis. Hier werden kaum 40 Proz. des Brotdarfs in Großbetrieben und 60 Proz. in Kleinbetrieben hergestellt. Die größten Betriebe sind hier der Konsum- und der Beemtenwirtschaftsverein.

Das Geld beherrschen hier die rund 4000 Kleinbetriebe. Die Ueberdrängung der Kleinbetriebe in Wien erfolgte, weil das Fabrikbrot in der Qualität besser war. Ein Preisunterschied besteht zurzeit nicht, da der Brotpreis von den Produzenten in Verbindung mit der Preisprüfungsstelle festgesetzt wird. Gemessen an den Berliner Verhältnissen ist jedoch das Brot in Wien nicht nur besser, sondern auch billiger. Dies hat seine Ursachen nicht nur darin, daß die Großbetriebe dominieren, sondern weil diese in Wien neben der Bäckerei auch einen Mühlenbetrieb besitzen. Wenn diese auch den ganzen Mehlbedarf nicht decken, so doch einen erheblichen Teil besorgen. Die Mehlhändler, welche sich in Berlin zwischen die Mühle und die Bäckerei einschleichen, scheiden dort ganz aus. Dies wirkt naturgemäß nicht nur verbilligend, sondern erwirkt auch eine schnellere Verarbeitung des Mehles. Das Mehl wird der Spekulation entzogen.

Es liegt deshalb im Interesse der gesamten Bevölkerung, wenn die Brotversorgung Berlins recht bald auf eine moderne, technisch und hygienisch einwandfreie Grundlage gestellt wird. Wenn die Bevölkerung sich in größerem Umfange als bisher über die Herstellungsart ihres Hauptnahrungsmittels unterrichten würde, würde sie sich selbstlos für die hygienisch einwandfreie Herstellung im Großbetriebe entscheiden.

Neue Großbäckereien in Verbindung mit Mühlen müßten errichtet werden. Hier bietet sich dem Privatkapital ein weites Betätigungsfeld, bei dem es nicht nur auf seine Kosten kommen würde, sondern auch segensreich für die Bevölkerung wirken könnte. Sollte der Konsumverein den Weg beschreiten, den man in Wien gegangen ist, und seine Bäckerei von der Genossenschaft lösen und ihr eine andere Rechtsform geben, welche es ermöglicht, das Brot nicht nur an ihre Mitglieder, sondern frei an jedermann abzugeben, so würde ein weiterer Teil der Bevölkerung beliefert werden können, vorausgesetzt, daß das Kapital abverdot befristet wird. Außerdem dürfte es dann nicht schwer sein, Kapital zu beschaffen, um weitere Großbäckereien zu errichten.

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin wird dieser An-

gelegenheit seine volle Aufmerksamkeit widmen in dem Bestreben, der Bevölkerung besseres und billigeres Brot zu liefern.

Eine andere Zuspätschiebung zu dem von uns gedachten Artikel erhebt den früheren Vorwurf, daß wir mit der Verantwortung der Nacharbeit in den Bäckereigrößbetrieben — nur um diese handelt es sich — dem Großkapital Dienste leisten wollen, das die Arbeiter Tag und Nacht ausbeuten wolle. Alle Gründe, die für das teure Brot angegeben wurden, seien fauler Sauber, der Grund liege wo anders. Die Zuspätschiebung enthält anstatt sachlicher Kritik jenseit ungerade Vorwürfe, daß man sich eigentlich nicht mit ihr befassen sollte, stammte sie nicht von einem Parteigenossen, der selbst Bäckmeister ist, und der nicht erkennen will, daß die Verbilligung des wichtigsten Nahrungsmittels das dringende Gebot für die hungernden breiten Massen ist. Wenn die Arbeiter aber heute Hunger leiden und wir heute von Genossenschaften das Mittel hören, wie man für den Preis eines Brotes ein und ein Drittel Brot bekommen könne, so können wir nicht warten, bis der Zukunftsstaat kommt und uns darüber Tausende von hilflosen Sterben, die noch zu retten sind. Wir erwähnen die Zuspätschiebung nur deshalb, weil sie den Rang an Verantwortung gegenüber der Gesamtheit und damit jenen Geist befeuert, der oft genug dazu führt, den „Vorwärts“ und die Parteiführer als „Verräter“ zu bezeichnen, weil die harten Gebote der Wirklichkeit mit gerade nicht mit dem bequemen Schlagwort und dem privaten Interesse einzelner Berufsgruppen übereinstimmen.

Die Großhandelspreise steigen wieder.

Die auf den 31. Dezember des 2. Januar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts (1913=100) ist gegenüber dem Stande vom 27. Dezember (120) um 2 Proz. auf 122,4 gestiegen, und zwar wurde die Herabsetzung der Kohlenpreise durch die Steigerung namentlich der Getreidepreise mehr als ausgeglichen. Von den Hauptgruppen stiegen die Lebensmittel im Großhandel um 5 Proz. auf 108,8, davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln um 9,4 Proz. auf 85,4, wogegen die Industrierstoffe um 2 Proz. auf 147,9, davon die Gruppe Kette und Eisen um 3 Proz. auf 147,1 nachgaben.

Das Preisniveau der Einfuhrwaren blieb mit 188 nahezu unverändert, dasjenige der Inlandswaren hob sich um 2,5 Proz. auf 115,3.

Im Monatsdurchschnitt Dezember ist der Goldstand der Großhandelsindexziffer gegenüber November um 9,2 Proz. auf 125,2 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen sanken die Lebensmittel um 14,5 Proz. auf 111,2, die Industrierstoffe um 1,1 Proz. auf 154,1, ferner die Inlandswaren um 11,9 Proz. auf 119,3, während die Einfuhrwaren um 2,2 Proz. auf 180,3 anjagen.

Vorwärtende Herabsetzung der Gütertarife. Der Reichswirtschaftsminister wird den Reichseisenbahnen noch in diesem Monat einberufen, um ihn über Art und Umfang einer etwaigen Ermäßigung der Eisenbahngütertarife gutachtlich zu hören. Die für das Gutachten erforderlichen Vorlagen und Unterlagen werden zurzeit im Reichsverkehrsministerium vorbereitet.

Zunahme des Hamburger Schiffsverkehrs. Im Hamburger Hafen sind im Jahre 1923 17 324 Seeschiffe angekommen, gegen 14 141 im Vorjahr; abgegangen sind 17 213 Seeschiffe gegen 14 134.

Zusammenschluß im Getreidegroßhandel. Die Getreide-Kommission und Import-Unternehmensgesellschaft Berlin ist ein Interessengemeinschaftsverhältnis mit der Bank- und Getreidefirma Reinhold Finster und Co., Berlin und Hamburg, eingegangen.

Rußlands Getreideexport, der erst in diesem Jahre ausgenommen wurde, hat, gemessen an den Vorkriegsjahren, noch keine große Höhe erreicht, ist aber immerhin als ein aussichtsreicher Anfang zu bewerten. In der Zeit vom 15. Oktober bis zum 1. Dezember 1923 wurden, nach den amtlichen Daten der Getreideabteilung der russischen Handelsvertretung in Berlin, 333 934 Tonnen Getreide und landwirtschaftliche Produkte im Gesamtwert von 23,3 Millionen Goldrubel ausgeführt, und zwar: nach Deutschland 208 169 Tonnen für 12,9 Millionen Goldrubel, nach Holland 123 304 Tonnen für 8,5 Millionen Goldrubel und nach Dänemark 15 361 Tonnen für 1,2 Millionen Goldrubel. Außerdem kaufte Frankreich zirka 1000 Tonnen Weizen und 250 Tonnen Roggen, Italien 4000 Tonnen Weizen, und andere Staaten 850 Tonnen Hafer und 1000 Tonnen Roggen. Das nach Deutschland eingeführte Getreide verteilte sich auf die verschiedenen Getreidearten folgendermaßen: Roggen 165 362 Tonnen, Gerste 21 210 Tonnen, Hirse 10 191 Tonnen, Hafer 8000 Tonnen, Buchweizen 1525 Tonnen, Dinkel 8000 Tonnen und einige Nebenfrüchte. In der Zeit vom 2. Dezember bis 8. Dezember sind in den Häfen Hamburg, Emden, Kiel, Rotterdam, Antwerpen und Havre weitere neun Dampfer mit 56 194 Tonnen Getreide aus Rußland eingetroffen. Hieron entfallen 4 Dampfer auf Rotterdam, auf die übrigen genannten Häfen je einer. Sieben Dampfer waren mit Roggen, zwei mit Weizen beladen.

Richtpreise in Berlin im Nahrungsmittel-Großhandel und im Verkehr mit dem Einzelhandel in Originalpackung vom Donnerstag, den 3. Januar

offiziell festgestellt durch den Landesverband Berlin und Brandenburg des Reichsverbandes des Deutschen Nahrungsmittel-Großhandels E. V. Berlin. Die Preise verstehen sich in Gold-M. für 50 kg in Originalpackung ab Lager Berlin.

Gerstengrößen, lose	29,10	29,45	Kassia Vera	118,30
Gerstengröße, lose	29,10	29,45	Gummel, holländischer	183,50
Hafersgrößen, lose	29,45	29,80	Neiken Zanzibar	253,90
Hafersgröße, lose	29,45	29,80	Schwarzer Pfeffer Siamap.	114,20
Maisgrößen	29,45	29,80	Weißer Pfeffer	129,00
Maisgröße, lose	29,45	29,80	Piment Jamaica	64,7
Ro gemehl 0/1	16,00	16,35	Kaffee Prime roh	196,0
Weizenmehl	22,00	22,35	Kaffee Superior	178,0
1. Weizenmehl	16,7	17,05	Röstkaffee Zentralam.	254,00
Weizen-Ausgangmehl	21,00	21,35	Röstkaffee Zentralam.	350,00
Speisenmehl, Viktoria	32,00	32,35	Malzkaffee, lo e	26,00
Speisenmehl, kleine	27,25	27,60	Röstgetreide, lose	22,00
Bohnen, weiße, Perl	27,25	27,60	Ersatzmischungen mit 20%	
Langbohnen, handverles.	32,20	32,55	Ka fee, gepackt	90,00
Linse, kleine	27,25	27,60	Nakzopu v. lose, fettarm	170,00
Linse, mittel	24,65	25,00	Fee in Kisten Souchon	360,00
Linse, große	44,55	44,90	Inlandszucker basis me.	45,55
Kartoffelmehl	22,50	22,85	Inlandszucker Raffinade	47,55
Makkaroni, lose	42,20	42,55	Zucker Würfel	48,55
Schwitznudeln, lose	27,65	28,00	Kunsthonig	52,30
Burma II unazuliert	22,60	22,95	Marmelade Einf. Erdb.	108,0
Siam Patna I glasiert	29,70	30,05	Marmelade Vierfrucht	109,20 - 62,10
Grober Bruchreis	18,70	19,05	Siebelsatz in Säcken	7,00 - 7,35
Religios u. mehrl. lose	14,25	14,60	Steinsalz in Säcken	4,85 - 5,10
Rin-Spelt, amerik. extra	116,70	117,05	Siebelsatz in Säcken	7,70 - 8,10
choise	116,70	117,05	Steinsalz in Packung	5,40 - 5,70
Getr. Aprikosen, cal. fancy	113,10	113,45	Bratenisch - alle in Tierces	56,00
Getr. Birnen, cal. fancy	122,30	122,65	Bratenischmar in Köbeln	85,00
Getr. Pfirsiche, cal. extra	163,00	163,35	Pureland in Tierces	84,00
choise	163,00	163,35	Pureland in Kisten	85,00
Getr. Pfäumen	54,0	54,35	Mar arine, Handelsmark.	57,00 - 61,00
Korinth in Kist. choise	88,30	88,65	Margari e, Spezialmarke	64,00 - 78,00
Rosinen in Kisten	72,20	72,55	Comed beet 12 0 lbs p. K.	42,00
Sultanen in Kisten	101,25	101,60	Speck, gesalzen, fett	77,00
Handeln, bittere Bari	108,70	109,05	Quarkkäse	7,00
Mandeln, süße Avola	161,50	161,85	Tilsiter Käse, vollfett	105,00
Kaneel	190,40	190,75	Tilsiter Käse, halbfett	90,00

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

A. Wertheim Inventurverkauf

- Emalliewaren**
- Schmortöpfe grau, ohne Ring 80 Pf. bis 1,25
 - Schmortöpfe mit Ring 105 Pf. bis 1,60
 - Gastöpfe braun weiß m. Deckel, schwer 2,10 bis 1,05
 - Wasserkessel... 2,50 bis 4 M
 - Eimer grau... pro Stück 1,25
 - Nachtgeschirre weiß 90 Pf. bis 80 Pf.
 - Weschüsseln weiß, 32 cm 80 Pf.
 - Kehrichtschaukeln weiß 70 Pf.
 - Schöpfel... 45 Pf.
 - Kassrollen grau ohne Ring 55 Pf. bis 80 Pf. mit Ring 1 M bis 1,25
- Borstenwaren**
- Stielschrubber (Fibre) 55 Pf.
 - Wäschbürsten 30 Pf. bis 20 Pf.
 - Klosettbürsten... 1 M

- Kokosbesen** 90 Pf.
- Rohhaarbesen** 24 cm ... 2,00
- Rohhaarhandseger** ... 1,25
- Galanteriewaren**
- Teeglashalter m. Glas, vernickelt 95 Pf. bis 75 Pf.
 - Tablets, Stielgut, mit Blumen-dekor., oval 85 Pf. bis 2 M
 - Kakesdose vernickelt mit Glas 1,05
 - Runde Untersätze mit Nickelrand 3 Glasplatten zum Einlegen von Handbellien 13 cm 1,60 15 cm 1,05 17 cm 2,40
 - Ein Posten Tablets verschied. Größen, oval, rund u. eckig, mit geschliffenem Korbrund u. dekor. Stielgutteilige 1,90 bis 3,50
- Kernseife** 66% Fettgehalt 28 Pf. ca. 200 Gramm... Regel
- Zündhölzer** 28 Pf. Paket

- Papierwaren**
- Papierläufer in verschied. Must. sort. Sack. 25 Pf.
 - Papierläufer Krepptex ver-schied. Must. St. 45 Pf.
 - Papierservietten in bunten 100 Stck. 1,25
 - Papierservietten weiß gep. 100 Stck. 60 Pf.
 - Teeservietten weiß 100 Stck. 40 Pf.
 - Kassetten Briefpapier 20 Bogen, 25 Umschläge 90 Pf. bis 70 Pf.
 - Blockmappen mit Umschlägen 60 Pf.
- Sportartikel**
- Sportjacken mit Wolle mod. Parb. 37 M bis 28 M
 - Herrn-Fahrräder 135 M
 - Fussbälle Chromleder mit Blase 10,50 bis 7,25
 - Rucksäcke Segeltuch... 3,50
 - Rucksäcke Segeltuch, m. breiten Riemen 67-85 cm 6,75 80-60 cm 8,75 88-73 cm 11,75
- Toiletteseife** ca. 100 Gramm 28 Pf.
- Toiletteseife** 85 Pf. bis 85 Pf.

Lebensmittel

Sowelt Vorrat

Schweinebauch u. Blatt mit Bell. Pfund 1,30

Schweineschinken Pfund 1,30

Liesen Pfund 1 M

Gehacktes Pfund 1,20

Fettes Ochsenfleisch prima, gestr. Pfund 70 Pf.

Käse

- Frühstückskäse u. 28 Pf. Steppenkäse . Pf. 1,25
- Harzerkäse Pf. 80 Pf. Tilsiterkäse . Pf. 1,30
- Quadratkäse Pf. 85 Pf. Goudakäse . Pf. 1,30
- Romatour p. Stantol Pf. 85 Pf. Edamerkäse . Pf. 1,00
- Stangenkäse Schles. Pf. 1 M Schweizerkäse Pf. 2,50

Räucherwaren

- Dorsche Pfund 35 Pf.
- Pommersche Fludern Pfund 90 Pf.
- Bücklinge Pfund 94 Pf.

Fische

- Roibarsch ohne Kopf Pfund 38 Pf.
- Seeforellen Pfund 40 Pf.
- Grüne Heringe Pfund 45 Pf.

Wild

- Hirschfleisch (Stückenfleisch) Pfund 65 Pf.
- Hasen, gestreift Pfund 1,30

